SPERRE

Münsters Monatsmagazin für Arbeit und Soziales

Mai 2003

Der Untergang der MS "Sozialstaat"

Seite 6: Interview mit Strässer

Liebe Sozialreformer,

manchmal sagen Sie: Glauben Sie nicht, daß wir uns das einfach machen! Ooch, Sie machen sich das nicht einfach? Ich hätte gedacht, Sie machen uns das nicht einfach ...

Früher hatte sogar die CDU einen Gewerkschafter, der die sozialen Einschnitte verbrämen mußte, damit die Regierung ihren sozialen Hintergrund nicht verloren hat. Jetzt sitzt selbst für die ehemalige Arbeitnehmer-partei kein ausgewiesener Gewerkschafter mehr im Kabinett, der soziale Hintergrund gehört ins Museum. Damit Schröder und Clement das auch nicht vergessen, steht jeden zweiten Tag in der Zeitung, sie stünden unter der Knute des DGB: 85 Prozent der Genossen im Bundestag seien Mitglied einer Gewerkschaft. Aber was heißt das schon? 94 Prozent der CDU-Abgeordneten sind Kirchenmitglieder - trotzdem verspricht Angela Merkel nicht dem Papst, sondern dem Bush ihre Bündnistreue.

So tun es Schröder und Clement auch. Sie beten nach, was die Propheten des Marktes ihnen vorbeten: Stärkt die Angebotsseite! Steuern sind Gift! Das Sozialsystem läßt sich nur bewahren, wenn es zusammengeschrumpft wird! Zeigt Mut, nur keine halbherzigen Reformen! Dann springt die Wirtschaft auch an, dann gibt's wieder Arbeit. Die Wirtschaft springt schon 25 Jahre so was von an, da vergeht uns Hören und Sehen. Nein? Nicht? Ja, eben: 25 Jahre lang nur halbherzig gekürzt! Jetzt müssen endlich mal Nägel mit Köpfen gemacht werden.

Gucken wir uns die Arbeitslosen doch mal an. Da muß doch was faul sein, daß die arbeitslos sind. Die haben das doch irgendwie gedreht, daß sie rausgeflogen sind oder immer noch keine Arbeit haben. Die wissen wohl nicht, wie das heute zugeht am Arbeitsmarkt. Da helfen keine Samthandschuhe, die müssen härter angepackt werden. Sperrzeiten müssen her, damit die sehen, woher heute der Wind weht. Und so schrecklich viele Mütter, die arbeiten wollen! Aber stimmt das denn? Können die denn die Kinder einfach abgeben? Die machen am besten erstmal eine Maßnahme, um zu prüfen, ob sie auch immer und pünktlich kommen. Da werden sie schon sehen, daß sie am Arbeitsmarkt nichts verloren haben. Viele sind zu alt oder schieben Zipperlein vor, was sie alles nicht arbeiten können. Das sind doch nur Ausreden dafür, daß sie sich in der üppigen Arbeits-losenunterstützung einrichten und schon ganz heiß auf die Rente sind. Was sollen die auf dem Arbeitsmarkt?!?

Es soll keiner kommen mit der Entschuldigung: wo keine Arbeit, da keine Einstellungen. Wer sich nicht ausreichend bewirbt, dem fehlt schlicht die richtige Einstellung, der hat im Solidarsystem nichts zu suchen. Und für die, die dann immer noch zum Arbeitsamt gehen, gehört die Bezugsdauer hamel gekürzt! Die wirklich Aktiven werden schon einen Weg finden. Wenn das aber nicht reicht, dann muß man zu Einschnitten kommen, die wirklich wehtun. Das Problem Arbeits-losigkeit ist zu lösen! Aber nicht mit falschen Tabus oder mit Besitzstandswahrung.

Kanzler, laß dir von den Reformverhinderern nichts erzählen! Laß den 1. Mai den Betonköpfen von der Gewerkschaft! Danach wird aber wieder gearbeitet!

Amen ...

Arnold Voskamp

Süddeutsche Zeitung
Täglich!
Wirkt ungemein
belebend.

WAS DRIN IST

Seite 4 **ZUM LEBEN ZU WENIG**
Mini-Jobs - die Regeln seit dem 1. April 2003
Lohnsteuerjahresausgleich

Seite 6 **INTERVIEW**
"Hartz wird uns keine Beschäftigungslawine bringen!"
Sperre-Interview mit dem münsterschen SPD-Bundestagsabgeordneten Christoph Strässer

Seite 10 **HARTZ-DEBATTE**
Leiharbeit muss in jeder Form bekämpft werden

Seite 12 **EINSPRUCH - STATTGEGEBEN**
Alles, was Recht ist und Anwalttip

Seite 14 **FRAUEN**
Bei Arbeitslosengeld und -hilfe knallhart(z) - beim Ehegattensplitting feige

Seite 16 **OBDACHLOS**
Auf die Strasse geworfen
Leben am Rande der Gesellschaft

Seite 20 **AUF KULT-TOUR**
Streik

Seite 22 **VOR ORT**
Lohn nach dem Solidaritätsprinzip

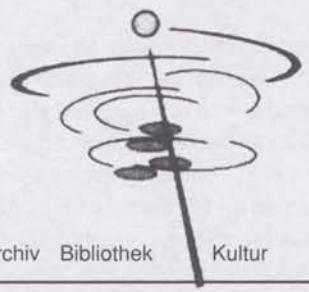
Die Beratung in der cuba-Sozialagentur ist kostenlos, freiwillig und vertraulich.

Achtermannstr.10-12 (cuba), 1. Stock
Beratungstermine: Dienstag, Donnerstag von 9:00 bis 11:00 Uhr und nach Vereinbarung

Sozialagentur im cuba

Fon: 0251-518880
Fax: 0251-518543

Beratung für arbeitslose Sozialhilfeberechtigte



Vernetzung Archiv Bibliothek Kultur

Autonome Frauenforschungsstelle Münster e.V.

Achtermannstraße 10-12
48143 Münster
Fon: 0251/511195
Fax: 0251/518876
Net: www.muenster.org/schwarze-witwe
Mail: Witwe@muenster.de

Schwarze Witwe

Öffnungszeiten:
Montag: 14-16 Uhr
Dienstag: 10-12 Uhr
Mittwoch: 10-12 Uhr, 14-16 Uhr
Donnerstag: 14-16 Uhr
Freitag: 10-12 Uhr

IMPRESSUM

Herausgeber:

Arbeitslose brauchen Medien (AbM) e.V.
Achtermannnstr. 7, 48143 Münster

Telefon: (0251) 511121
E-Mail: sperre@muenster.de
abm@muenster.de
Internet: www.muenster.org/sperre

Redaktion:
Norbert Attermeier (nou)
Claudia Csiszér (cc),
Andreas Flümann (af)
Heiner König (hk,)
Arnold Voskamp (avo),
Michael Weist (mic)

Mitarbeit:
Wilhelm Achelpöhler, Anne Neugebauer, Stefan Rißmann (sr), Uli Wieners
Ulrich Wiesmann (uw), Elke Pieck (ep)

Design, Layout, Satz:
Heinz Dalmühle

Titel-Gestaltung: Stefan Rißmann

Anzeigen, Spenden:
Claudia Csiszér

Bankverbindung/Spendenkonto:
Sparkasse Münster
BLZ 400 501 50, Kto. 4011797

Druck:
Erdnuß-Druck
Sendenhorst

Auflage: 4.000

Bezug: per Versand zum Selbstkostenpreis / als Förderabonnement,
Verteilung: kostenfrei an Auslagestellen im Innenstadtgebiet Münsters (neue InteressentInnen wenden sich bitte an den Herausgeber)

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Das Urheberrecht für Text- und Bildbeiträge liegt bei den Autorinnen und Autoren. Jedwede Nutzung, auch auszugsweiser Nachdruck, bedarf der Genehmigung.

Leserbriefe an den Herausgeber. Wir freuen uns über jede Zuschrift. Anonyme Leserbriefe veröffentlichen wir nicht. Das Recht, zu kürzen, behalten wir uns vor.

Nächste Ausgabe (Juni 2003):
30.Mai 2003
Redaktionsschluß: 13 Mai 2003
Anzeigenredaktionsschluß: 16 Mai 2003

Minijobs - die Regeln seit dem 1. April 2003

Geringfügige Beschäftigungen werden steuerlich und bei der Sozialversicherung besonders behandelt. Der Name ist einfacher geworden, sie heißen jetzt Minijobs. 325 Euro-Jobs hießen sie früher, davor 630 Mark-Stellen und davor ...

Die dazugehörigen Regeln bleiben vielfältig.

Die Grundregeln

Wenn Sie für einen Lohn bis 400 Euro im Monat beschäftigt sind, zahlen Sie davon keine Abgaben wie andere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Sie verdienen netto wie brutto. Die steuerliche Freistellung ist abgeschafft. Die zeitliche Beschränkung von unter 15 Stunden in der Woche gilt nicht mehr.

Aus einem Minijob erwerben Sie keinen Krankenversicherungsschutz, Sie schaffen auch keine Rentenansprüche. Für die Rente können Sie mit freiwilligen Zahlungen aber Beitragsjahre ansammeln.

Mehrere Jobs

Wer mit zwei (oder mehr) kleinen Stellen über 400 Euro verdient, rutscht in die Versicherungs- und Steuerpflicht. Dann gelten also die normalen Beitrags- und Steuerregeln für beide kleinen Jobs. Üben Sie neben einer versicherungspflichtigen Hauptbeschäftigung nur einen Minijob aus, dann müssen Sie in diesem Minijob keine Abgaben zahlen. Der zweite, dritte oder vierte zusätzliche Mini-job dagegen ist normal abgabenpflichtig.

Statuswechsel in der Beitragspflicht

Waren Sie bislang mit über 15 Wochenstunden, aber unter 400 Euro Monatslohn sozialversicherungspflichtig beschäftigt, dann können Sie mit dieser Tätigkeit weiter in der Krankenkasse und Rentenversicherung versichert sein. Neue Jobs unter 400 Euro und über 15 Wochenstunden begründen dagegen keinen Krankenversicherungsschutz mehr.

Wer nachträglich etwa durch ein Weihnachtsgeld beitragspflichtig wird, muß nicht rückwirkend Beiträge zahlen, sondern erst ab dem Tag des erhöhten Arbeitsentgelts.

Besondere Personengruppen

Als Auszubildende unterliegen Sie den normalen Beitrags- und Steuerregeln, auch wenn Sie brutto unter 400 Euro im Monat verdienen. Zur Versicherungspflicht älterer Rentner befragen Sie bitte Ihre Rentenversicherung. Bei Rentnern unter 65 Jahren steigt die Zuverdienstgrenze ohne Rentenabzug auf 340 Euro (nicht 400 Euro!). Schüler und Studenten haben mit Blick auf die Versicherungsfreiheit besondere Regeln. Für Arbeitslose mit geringfügigem Nebenverdienst ändert sich das Anrechnungsverfahren nicht.

Foto: SPERRE

Abgabe- und Meldepflichten für ArbeitgeberInnen

Arbeitgeber zahlen ab April 25 Prozent des Lohns als Pauschale für Renten-, Kranken- und Pflegekasse sowie Finanzamt. Haushaltsnahe Dienstleistungen sind für die Arbeitgeber billiger, die Pauschale für die Lohnnebenkosten beträgt dann 12 Prozent.

Gibt der Arbeitnehmer die Lohnsteuerkarte ab, dann entfällt der Anteil für Pauschalsteuer. Für Schüler und Studenten entfällt eventuell der Anteil für Kranken- und Arbeitslosenversicherung bei höheren Einkommen. Neben der Pauschale müssen kleine Arbeitgeber (bis 30 Beschäftigte) die Umlage nach dem Lohnfortzahlungsgesetz bezahlen, dafür übernimmt die Bundesknappschaft bei Krankheit oder Mutterschutz der Beschäftigten die Lohnfortzahlung. Ausgaben für Haushaltshilfen können Arbeitgeber steuermindernd angeben.

Gleitzone bei höherem Verdienst

Kommen Sie über die 400 Euro-Grenze, dann müssen Sie Sozialversicherungsbeiträge zahlen, auch für die ersten 400 Euro. Ihr Arbeitnehmer-Beitrag zur Sozialversicherung steigt nun nicht in einem Sprung auf den vollen Satz, sondern langsam von 4 Prozent bei 400,01 Euro Lohn auf den vollen Beitrag bei 800 Euro brutto. Der Arbeitgeber zahlt ab 400 Euro dazu seinen normalen Beitragssatz von etwa 21 Prozent des Lohnes. Die gesamten Sozialversicherungsbeiträge sind an die Krankenkasse zu zahlen. Die Kassen haben Tabellen für die jeweilige Beitragshöhe. Für die Steuer brauchen Sie bei über 400 Euro Bruttolohn eine Lohnsteuerkarte.

Kombilohn ‚Mainzer Modell' abgeschafft

Um die Arbeitsaufnahme auch bei geringem Verdienst zu fördern, zahlte das Arbeitsamt an Geringverdiener bislang einen Sozialversicherungszuschlag und einen Kinderzuschlag, genannt 'Mainzer Modell'. Diesen Zuschuß hat die Bundesanstalt für Arbeit eingespart mit dem Hinweis auf die Ermäßigung der Sozialversicherungsbeiträge in der Gleitzone.

Diese Begründung ist nur teilweise stichhaltig, denn den Kinderzuschlag ersetzt die Gleitzone natürlich nicht. Das ‚Mainzer Modell' hatte die finanzielle Not gerade von kinderreichen Gering-ver-dienern deutlich gemacht.

Arbeitsrecht bei Minijobs

Minijobber sind Teilzeitarbeitskräfte. Sie dürfen wegen ihres geringeren Arbeitsumfangs nicht schlechter gestellt werden als Vollzeitbeschäftigte. Weil der größte Teil der geringfügig Beschäftigten Frauen sind, sieht der Europäische Gerichtshof in einer nachteiligen Vorschrift für Minijobs eine Geschlechterdiskriminierung.

Für Minijobber gelten Kündigungsschutzregeln wie für alle anderen auch. Geringfügig Beschäftigte haben Anspruch auf bezahlten Urlaub und auf Lohnfortzahlung bei Krankheit wie versicherte Arbeitnehmer. Sie müssen nach dem gleichen Tarif bezahlt werden wie andere Beschäftigte auch, sie haben Anspruch auf tarifliche Zusatzleistungen wie eine betriebliche Altersversorgung.

Die arbeitsrechtlichen Vorschriften dürfen nicht einzelvertraglich zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmerin ausgeschlossen werden. Durch Tarif darf eine Schlechterstellung der geringfügigen Arbeitskräfte festgelegt sein. Jedoch ist nicht jede tarifvertragliche Einschränkung erlaubt. Minijobber haben den gleichen Anspruch auf Urlaubs- oder Weihnachtsgeld wie Vollzeitbeschäftigte.

Weitere Infos zu Minijobs:

Bundesknappschaft, 45115 Essen, Infotelefon: 0800 0200504, Internet: www.minijob-zentrale.de sowie bei den Krankenkassen und Rentenversicherungen. avo

Lohnsteuer-jahresausgleich

Emma Piel ist Angestellte in einem größeren Betrieb. Sie verdient nicht ganz schlecht, aber sie hat auch entsprechende Abzüge wie alle andern Arbeitnehmer. Einen Teil der Lohnsteuerabzüge holt sie sich mit dem Lohnsteuerjahresausgleich zum Jahresbeginn zurück. Damit gleicht sie alljährlich ihr Konto aus. Das freut die Bank, außerdem kauft sie sich davon einen Minirock für den Frühling.

Emma Piel hat sich nun jedoch einen Fehltritt erlaubt. Sie hatte eine Affäre mit einem Mann unter ihrem Niveau, ohne Einkommen und Vermögen. Ungeschützt. Mit Folgen. Der Arbeitgeber sagt: "Na gratuliere, nimm eine Auszeit für das Kind. Wenn du fit bist wie vorher, kannst du in drei Jahren wiederkommen." Emma Piel denkt sich: "Ich will mal sehen, daß ich es schaffe." Weil sie außer Kindergeld und Erziehungsgeld kein Einkommen hat, beantragt sie Sozialhilfe beim Sozialamt. Außerdem macht sie endlich ihren Lohnsteuerjahresausgleich.

Sie bekommt Sozialhilfe, aber: "Den Lohnsteuerjahresausgleich rechnen wir an auf die Sozialhilfe", sagt das Sozialamt. Emma will es nicht glauben. Das ist doch mein Lohn vom letzten Jahr, das hat man mir doch zuviel abgezogen, dafür habe ich doch mein Konto überzogen. "Egal", sagt das Sozialamt, "du kriegst das Geld vom Finanzamt jetzt ausbezahlt und kannst darüber verfügen, und dein Konto kannst du auch noch später ausgleichen." Emma glaubt es nicht und läßt sich beraten, aber leider hat das Sozialamt damit vorm höchsten Gericht Recht bekommen.

Besser als Emma Piel ist es für Johann Stiet gelaufen. Der kriegte Arbeitslosenhilfe. Aber anders als das Sozialamt vertrat das Arbeitsamt die gleiche Meinung wie das Finanzamt, nämlich: "Die Steuererstattung ist Teil des Lohneinkommens vom letzten Jahr, die können wir jetzt nicht auf die Arbeitslosenhilfe anrechnen." Johann gleicht sein Konto aus und kauft sich vom Rest einen schwarzen runden Hut und einen Regenschirm.

Ob das Arbeitsamt aber bei dieser Meinung bleibt, ist fraglich. Der Staat will sparen. Ab nächstes Jahr soll die Arbeitslosenhilfe an die Sozialhilfe angeglichen werden. Da wird Johann Stiet möglicherweise auf den Lohnsteuerjahresausgleich verzichten müssen. Vielleicht reicht es aber auch, den Lohnsteuerjahresausgleich hinauszuschieben, bis er nicht mehr vom Arbeitsamt abhängig ist. avo

"Hartz wird uns keine Beschäftigungslawine bringen"

Die aktuelle Diskussion zur ‚Reform' der Sozialsysteme beschäftigt die interessierte und leider auch vielfach negativ betroffene Öffentlichkeit nicht erst seit Kanzler Schröders ‚Agenda-2010-Rede'. Die SPERRE sprach hierüber mit dem münsterschen SPD-Bundestagsabgeordneten Christoph Strässer.

SPERRE: Vor dem Hintergrund der aktuellen Kürzungsdiskussion beim Arbeitslosengeld und den angestrebten Änderungen beim Kündigungsschutz und so stehen Gewerkschaften und SPD jetzt am Scheideweg ...

Strässer: Ich glaube nicht, daß die traditionelle Verbindung zwischen SPD und Gewerkschaften zerstört wird. Es gibt aber durchaus unterschiedliche Bewertungen der Maßnahmen, die jetzt anstehen. Die Gewerkschaften kritisieren, daß durch diese Maßnahmen eine soziale Schieflage entsteht. Auf der anderen Seite fordern sie Investitionsprogramme, die noch zusätzlich den Haushalt belasten würden. Ich glaube, daß solche Programme wichtig sind. Es gibt milliardenschwere Investitionsprogramme, insbesondere für die Kommunen. Ich habe aber meine Zweifel, ob sie langfristige Wachstumsprozesse in Gang setzen können. Außerdem bleibt uns das Problem der Haushaltsverschuldung noch lange erhalten, wenn man jetzt zusätzliches Geld in die Hand nimmt.

SPERRE: In der SPD gibt es ja offenbar Überlegungen zu weiteren Kürzungen bei der Sozialhilfe. Zwar wurde gleich dementiert: Dies sei eine Diskussion zur Unzeit, weil zunächst die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe anstehe. Wann wird die Diskussion Sozialhilfekürzung ihrer Meinung nach denn zum "richtigen" Zeitpunkt stattfinden?

Strässer: Diese Diskussion ist nicht nur jetzt zur Unzeit, sondern immer. Auf der anderen Seite gibt es die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe. Ich finde es richtig für Menschen, die arbeiten können, ein einheitliches Sozialsystem zu schaffen. Die Frage ist, auf welchem Niveau. Wir haben bis vor kurzem noch gesagt, die Arbeitslosenhilfe darf nicht auf das Sozialhilfeniveau abgesenkt werden. Sie muß oberhalb der Sozialhilfe angesiedelt sein, schon allein um Anreize zur Arbeitsaufnahme zu schaffen. Momentan werden verbesserte Zuverdienstmöglichkeiten diskutiert. Es wird diskutiert, daß Leute, die sich erfolglos beworben haben, einen Bonus erhalten. Meiner Ansicht nach muß es eine völlige Umstellung des Systems geben. Immer auch mit dem Ziel, die jetzige Situation der Menschen nicht noch mehr zu verschlechtern. Das ist nach wie vor meine Haltung.

"Das Problem der Haushaltsverschuldung bleibt uns noch lange erhalten, wenn man jetzt zusätzliches Geld in die Hand nimmt." *Foto: nou*

SPERRE: Es wird momentan wieder massiv Stimmung gemacht gegen Erwerbslose. In einem Zeitungskommentar heißt es: "Diejenigen, die Arbeitsplätze ablehnen, müssen sich auf Einschnitte einstellen, denn sie mißbrauchen das Solidarsystem und diskreditieren die Idee des Solidarprinzips." Sie wissen und wir wissen, daß bei Strafe von niemandem eine zumutbare Arbeit abgelehnt werden darf. Dies ist schon lange gesetzlich geregelt. Aber das Gegenteil trotzdem immer wieder zu behaupten, bereitet nur den Boden für weitere Sozialkürzungen. Bis hin zu Stoibers Vorschlag, Sozialhilfebeziehern grundsätzlich die Hilfe um 25 Prozent zu kürzen. Nach dem Motto: Die wollen nicht arbeiten und brauchen auch nichts zu essen. Wird also das Solidarsystem nicht bereits seit Jahren mit Füßen getreten?

Strässer: Aus meiner Sicht, und das ist auch zwischen SPD und Gewerkschaften unstreitig, fährt das Solidarsystem gegen die Wand, wenn nicht grundsätzlich etwas verändert wird. In den 90iger-Jahren wurde diese Reform verschlafen. Jetzt müssen wir reformieren, haben aber wenig Geld. Das ist die Ausgangslage. Jetzt müssen alle Bereiche der Gesellschaft herangezogen werden. Ich darf noch mal daran erinnern: Wir haben dafür gesorgt, daß die sogenannten Leistungsträger einen größeren Beitrag leisten müssen, zum Beispiel durch die Anhebung der

Beitragsbemessungsgrenze. Das betraf Bruttoeinkommen zwischen 3.800,- und 5.000,- Euro. Stärkere Schultern müssen mehr tragen als schwächere ...

SPERRE: Da wird aber auf hohem Niveau gejammert. Bei den Arbeitslosen ist einfach nichts mehr zu holen. Es sei denn um den Preis der Verelendung eines großen Teiles der Bevölkerung.

Strässer: Natürlich wird es keine Verelendung geben. Bei uns gibt es genügend Leute, die wissen, wo sie herkommen und warum sie in der SPD sind.

SPERRE: Franz Müntefering ist überzeugt, daß die Kürzung der Dauer des Arbeitslosengeldes auf jeden Fall bleibt. Das müßte er dann aber auch dem Arbeiter von Babcock sagen, der mit 55 Jahren arbeitslos geworden ist und sich nach der geplanten "Reform" nach eineinhalb Jahren in der Sozialhilfe wiederfindet.

Strässer: Aus meiner Sicht gibt es mehrere Zugänge zu diesem Thema. Erstens: Nur 15 Prozent der Arbeitslosengeldbezieher erhalten mehr als 12 Monate Arbeitslosengeld. Das längere Arbeitslosengeld für Ältere hatte den Hintergrund, diese Menschen aus der Steuerfinanzierung herauszunehmen und sie in die Sozialsysteme einzugliedern. Und was ist passiert? Bei über 60 Prozent der Betriebe gibt es heute keine Beschäftigten mehr, die älter als 50 Jahre sind. Das hat auch mit diesem System der Arbeitslosengeldfinanzierung zu tun, mit dem vielen älteren Beschäftigten der frühzeitige Austieg aus dem Erwerbsleben schmackhaft gemacht werden sollte.

SPERRE: Aber das, was jetzt gemacht werden soll, trifft nicht die Betriebe und nicht die Gewerkschaften, sondern es trifft die älteren Arbeitslosen, also die Schwächsten in der Kette ...

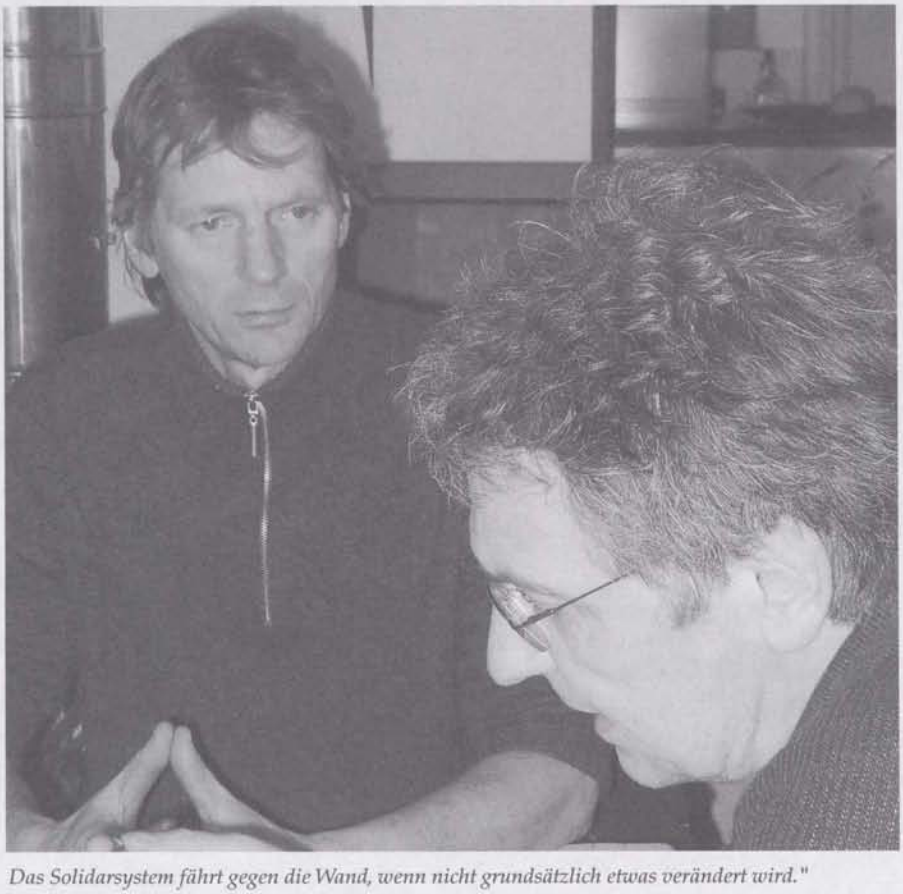
Strässer: Zunächst: Das betrifft nicht die, die jetzt Arbeitslosengeld beziehen oder jetzt einen Anspruch haben. Die genießen Bestandsschutz. Das muß man dann auch sagen. Wer jetzt in die Arbeitslosenversicherung einzahlt, bekommt das, was jetzt im Gesetz steht.

SPERRE: Aber man hofft doch, daß sich die Firma, die vor der Wahl steht, Ältere zu entlassen, sagt: Für Ältere gibt es jetzt nicht mehr das längere Arbeitslosengeld, also entlasse ich sie nicht. Ist das nicht ein wenig blauäugig?

Strässer: Falsch verstanden. Das geht nicht in Richtung Unternehmen. Die haben das älteren Leuten in der Vergangenheit schmackhaft gemacht nach dem Motto: Ihr kriegt jetzt zwei Jahre lang Arbeitslosengeld, dann seid ihr an der Grenze zum Vorruhestand, und dann geht ihr in die Rente. Das haben alle mitgemacht und daraus ist nun diese Situation entstanden, daß so wenig ältere Menschen im Berufsleben stehen.

SPERRE: Das ist eine Seite der Geschichte, die andere ist die, daß ältere Arbeitslose nur schwer eine Arbeit finden, soviel sie auch suchen. Wenn dazu dann noch der Kündigungsschutz aufgeweicht wird, so daß Sozialpunkte dann weniger zählen, dann sind die älteren Leute doch ruckzuck draußen. Da gibt es vielleicht noch eine befristete Stelle und dann noch eine, und mit 58 oder 60 Jahren läuft gar nichts mehr. Was wir sehen, sind einfach nur Kürzungen zu Lasten derjenigen, die am kürzesten Hebel sitzen. Das ist schon dreist. Einerseits soll man sparen, vorsorgen fürs Alter - Beispiel Riester-Rente - und dann, wenn man mit gut 50 arbeitslos wird, kann man alles vergessen, was man bis dahin angespart hat.

Strässer: Ja, da ist etwas dran. Aber diese unsoziale und unsolidarische Praxis vieler - gerade größerer - Unternehmen kann durch die Politik nur sehr bedingt beeinflußt werden.



Das Solidarsystem fährt gegen die Wand, wenn nicht grundsätzlich etwas verändert wird."

SPERRE: ... Aber man könnte das doch schon so beeinflussen, daß die Bezugsdauer beim Arbeitslosengeld nicht gekürzt wird oder daß alles, was man für's Alter gespart hat, perdu ist ...

Strässer: Alles, was jetzt da ist - das sage ich noch mal - genießt Bestandsschutz. Niemandem wird im Nachhinein eine Leistung weggenommen oder gekürzt.

SPERRE: Bestandsschutz für die jetzt Arbeitslosen, ja. Aber die Situation ändert sich ja nicht für die Menschen, die nachkommen. Warum gilt das nicht für die? Was ist an deren Lage besser? Wenn die, die zukünftig arbeitslos werden, nach der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe erst ihre Altersvorsorge aufbrauchen sollen, bevor sie Arbeitslosenhilfe bekommen, dann rutschen sie im Alter in die Sozialhilfe. Das Signal, das an die Jungen gegeben wird, ist erschreckend Die fragen sich, wieso soll ich noch ansparen, das geht doch sowieso weg ...

Strässer: Ja, die Überlegungen gehen dahin, Vermögen wie bei der Sozialhilfe anzurechnen. Aber es gibt noch die Vermögensbildung zum Beispiel über selbst bewohnten Wohnraum, der nicht angegriffen werden kann. Da geht auch das Sozialamt nicht ran ...

SPERRE: Das Geld für Wohneigentum muß man aber auch erstmal haben, und ein eigenes Haus ist nicht für jeden das richtige Vorsorgemodell. Vielleicht sollte man zum Vergleich mal die Altersversorgung von Bundestagsabgeordneten heranziehen ...

Strässer: Ich glaube, nach acht Jahren als Abgeordneter hat man die Altersvorsorge über den Bundestag. Das Thema Diäten und Altersversorgung von Abgeordneten ist heikel. Da gibt es auch viel Wildwuchs, da sind Änderungen in Arbeit. Bei der Arbeitslosenhilfe ist es nicht so, daß wir die Maßnahmen jetzt machen, um ältere Leute in die Armut zu verschieben. Wir haben da auch Überlegungen - und ich wäre dankbar, wenn die mal öffentlich diskutiert würden -, daß in der Altersvorsorge und in der Gesundheitspolitik die Grundlagen verändert werden. Wer bezahlt denn das alles? Wir reden vom Solidarprinzip, und die Solidarität beschränkt sich darauf, daß alles am Arbeitsverhältnis festgemacht wird. Warum denn eigentlich?

SPERRE: Ja, warum? In der Schweiz müssen alle Bürger auf alle möglichen Einkommen einen Beitrag in die Rentenkasse zahlen. Der Prozentsatz ist für alle gleich – egal, ob arm oder reich - die nachher ausgezahlte Rente ist aber gedeckelt. Das möchten wir mal hier in Deutschland erleben.

Strässer: Ja, diese Diskussion will ich auch hier in Deutschland haben. Im Gesundheitswesen haben wir heute 20 Prozent der Versicherten, die 80 Prozent der Kosten produzieren. Und das ist richtig so! Unser Solidarsystem funktioniert nur, wenn viele mehr einbezahlen als sie herauskommen, damit einige, die darauf angewiesen sind, mehr herausbekommen als sie einzahlen. Wenn man diese Solidarität aufrechterhalten will, dann dürfen wir nicht hinnehmen, daß die Beitragzahler weniger werden. Ich will alle Gruppen an der Finanzierung des Gesundheitswesens beteiligen. Dazu gehören auch Freiberufler oder Beamte. Das Geld ist da.

SPERRE: Die Solidarität läßt zur Zeit ziemlich zu wünschen übrig. Laut Statistischem Bundesamt werden die 20 Prozent Armen immer ärmer, während allgemein das Geldvermögen zunimmt. Die Schere geht weiter auseinander. Mit Steuererleichterungen für Kapitaleinkünfte sind große Einkommen weiter begünstigt worden, während die Arbeitslosen ihre Ersparnisse fürs Alter auflösen sollen.

Strässer: Ich habe an bestimmten Stellen Probleme damit. Wenn die Reform der Körperschaftssteuer dazu führt, daß Unternehmen ihre Gewinne klein rechnen und keine Steuern mehr bezahlen, dann muß sich das ändern. Da haben wir ein offenes Ohr bei der CDU gefunden, daran werden wir etwas ändern können. Wir haben Sachen auf den Weg gebracht, für die wir auf deutsch gesagt die Hucke vollgekriegt haben, etwa die Anhebung der Dienstwagensteuer oder das Kappen und inhaltliche Reformen bei der Eigenheimzulage. Das kriegen wir allein nicht durch. Das liegt jetzt nicht nur an der Opposition, da stößt man bei der Belastung für die Vermögenderen an Grenzen.

"Diejenigen, die jetzt Arbeitslosengeld beziehen oder jetzt einen Anspruch haben, genießen Bestandsschutz."

SPERRE: Was ist denn damit, die Vermögenssteuer wieder einzusetzen? Den Vorschlag hat doch die Regierung sofort ausgebremst. Dabei wäre es doch nur fair, wenn auch die großen Vermögen mit beteiligt werden.

Strässer: Das ist nicht einfach durchzusetzen. Das macht auch die Opposition im Bundesrat nicht mit. Aber man darf da auch keine großen Effekte erwarten. Das wäre eher symbolisch.

SPERRE: Ein solches Symbol wäre aber gut. Aus der Sicht der Regierung gibt es offenbar zwei Sorten von Menschen, und für jede gibt es ein eigenes Anreizsystem. Die ‚Guten', die sogenannten Leistungsträger, tun ihr Teil für den Arbeitsmarkt umso besser, wenn man ihnen Steuergeschenke oder Subventionen bringt. Die am anderen Ende, die Armen oder die Arbeitslosen funktionieren am besten, wenn man bei ihnen kürzt. Dann tippeln sie los und finden umso besser eine Arbeitsstelle ...

Strässer: Das grundsätzliche Problem besteht darin, daß man solche Sachen nur machen kann, wenn genügend Arbeitsplätze da sind. Es sind aber nicht genügend da! Da habe ich auch mittel- und langfristig große Sorgen. Ich glaube nicht, daß über Hartz auf uns eine Beschäftigungslawine zukommt und alle, die es können und wollen, einen Job kriegen. Dazu müssen andere Maßnahmen kommen. Aber: Das Hartz-Konzept ist wichtig und richtig, wenn auch nur ein erster Schritt.

"Ich will alle Gruppen an der Finanzierung des Gesundheitssystems beteiligen. Dazu gehören auch Freiberufler oder Beamte. Das Geld ist da."

SPERRE: Aber man hat doch den Eindruck, daß die SPD mit ihren Maßnahmen in eine soziale Schieflage geraten ist. Bei denen, die sich traditionell von der SPD vertreten fühlten, ist das Vertrauen verlorengegangen. Keine Partei im Bundestag verkauft sich heute noch als sozial. Viele Verarmte wenden sich deshalb ganz von der Politik ab. Und wenn die Gewerkschaften zu den Maßnahmen Zweifel äußern, werden sie als unbeweglich und reformfeindlich gescholten. Ver.di ruft mit den Arbeitslosen zur großen Kundgebung am 17. Mai in Berlin auf. Wie weit steht denn die SPD noch an der Seite der Gewerkschaften?

Strässer: Ich bin vor zwei Wochen bei ver.di eingetreten, weil ich die Gewerkschaftsschelte so nicht ertragen kann. Es stimmt, uns ist der Spagat zwischen Erneuerung und Gerechtigkeit - das war ja das Motto der letzten Wahl - nicht so gut gelungen. Wir sind aber auch keine reine Arbeitnehmerpartei mehr, wir sind Volkspartei. Wir haben Austritte von beiden Seiten, auch von solchen, denen der Umbau nicht schnell genug geht.

SPERRE: Können Sie uns zum Abschluß noch einen Ausblick geben? Was kommt auf die Arbeitslosen zu?

Strässer: Arbeitslosengeld für Ältere wird es nicht mehr so lange geben wie bisher. Die Verkürzung der Bezugsdauer trifft nach den uns vorliegenden Zahlen auch nur 15 Prozent der längerfristig Arbeitslosen. Gegen das Zusammenlegen von Arbeitslosen- und Sozialhilfe habe ich grundsätzlich nichts. Für Arbeitslose soll die Leistung aber über der Sozialhilfe liegen. Denkbar ist, daß man beim Übergang vom Arbeitslosengeld auf die neue Arbeitslosenhilfe nicht sofort auf das Sozialhilfeniveau runtergeht.

SPERRE: Was ist mit der Anrechnung von Ersparnissen zur Altersvorsorge? Selbst aus CDU-Kreisen hört man ja Zweifel, wenn die jetzt aufgelöst werden sollen.

Strässer: Die Altersvorsorge ist wie so vieles noch nicht klar, das wird noch diskutiert. Mit der CDU würde ich vorsichtig sein. Da hört man auch von Sozialhilfekürzungen um 25 Prozent. Es geht also durchaus noch schlimmer. Aber das hilft uns nicht, das soll also keine Rechtfertigung sein.

SPERRE: Das hört sich für Arbeitslose fast so an wie die Wahl zwischen Pest und Cholera.

Herr Strässer, wir danken Ihnen für dieses Gespräch. avo

CHANCE e.V.
Projekte zur Integration Haftentlassener

Preiswertes • Antikes
Nützliches • Kitschiges
2. Hand-Möbel • Pozellan • Glas • Accessoires • Trödel • Bücher • uvm.

Haushaltsauflösungen
Besuchen Sie uns:

Möbel-Trödel
Bohlweg 68a
48147 Münster
Fon: 4 22 02

Möbelrampe
Dieckstr. 73-75
48145 Münster
Fon: 2 30 11 55

Mo. - Fr.: 10.00 - 18.00 Uhr
Fr.: 10.00 - 14.00 Uhr

Staatliche Zwangsarbeit - dank Hartz und PSA!

Leiharbeit muß in jeder Form bekämpft werden!

von Folkert Mohrhof

Eine gemeinsame Tarifkommission der DGB-Gewerkschaften verhandelt mit dem ‚Bundesverband Zeitarbeit (BZA)' über einen Tarifvertrag für die sogenannte Arbeitnehmerüberlassung einschließlich der PersonalServiceAgenturen (PSA) der Arbeitsämter. Damit sollen erstmals bundesweit flächendeckend einheitliche Bedingungen geschaffen werden. Seit dem 21. Februar 2003 liegt ein Entwurf mit sogenannten ‚Eckpunkten' vor: "Damit wird aus unserer Sicht die Zeitarbeit endlich zu einem ganz normalen Wirtschaftszweig", freut sich der Koordinator der DGB-Tarifgemeinschaft, Reinhard Dombre. Genau das sollte früher einmal aus Sicht der Gewerkschaftsführung verhindert werden!

Erwerbslose und Beschäftigte sind betroffen

Die sogenannten Reformvorschläge der Hartz-Kommission betreffen auf den ersten Blick die Arbeitslosen, doch die Wirkungen schlagen in die Betriebe durch. Gerade beim Thema Leiharbeit, gefördert durch die PersonalServiceAgenturen, wird das deutlich. Stehen doch nun KollegInnen mit unterschiedlichen Arbeitsbedingungen und ungleicher Bezahlung nebeneinander am gleichen Arbeitsplatz. Dies kann zur Entsolidarisierung führen, aber auch gerade zum Gegenteil, nämlich einem Brückenschlag zwischen Arbeitslosen und Erwerbstätigen, der bisher so schwierig war. Es kommt entscheidend darauf an, was die Betroffenen daraus machen. Hauptsache, sie lassen sich nicht gegeneinander ausspielen!

Die sogenannten ‚Hartz-Gesetze' und was nach der ‚Agenda 2010'-Rede Schröders vom 14. 03. noch alles folgen soll:

• Massive Erhöhung der Anrechnung von (Familien)-Einkommen und -Vermögen bei der Arbeitslosenhilfe mit der Folge, daß rund 360.000 Personen - hauptsächlich verheiratete Frauen - ihren Anspruch verlieren und ohne staatliche Hilfen dastehen (Grundsatz: 200,- Euro pro Lebensjahr sind bei der AlHi/ALG II zulässig),

• Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe: Ab dem 1. Januar 2004 bekommen arbeitsfähige Sozialhilferempfänger und Erwerbslose das neue Arbeitslosengeld II (ALG II) in Höhe des Sozialhilfe-Regelsatzes; die arbeitsunfähigen Sozialhilfebezieher und die nicht mehr vermittelbaren Erwerbslosen (über 48 Monate arbeitslos) werden aussortiert und bekommen das neue Sozialgeld in Höhe des durchschnittlichen Sozialhilfe-Ecksatzes (alle Zulagen werden inklusive der Miete pauschaliert) von bis zu 642,- Euro,

• Einführung der kommunalen Zwangsarbeit für jugendliche Erwachsene unter 25 Jahren, wenn sie eine Arbeit ablehnen oder Fortbildungsmaßnahmen verweigern,

• drastische Kürzungen bei Ablehnung einer "zumutbaren" Arbeit um 30 Prozent als Strafe; außerdem: Umkehr der Beweispflicht! Erwerbslose müssen begründen, warum eine angebotene Arbeit für sie unzumutbar ist,

• Einführung staatlicher Zwangsarbeit über die neu geschaffenen PersonalServiceAgenturen (PSA) - der Arbeitsämter in Zusammenarbeit mit Zeitarbeitsfirmen wie ‚Randstad', der ‚Hamburger Arbeit Beschäftigungsförderungsgesellschaft (HAB)' oder der ‚Arbeiterwohlfahrt' zu Stundenlöhnen von unter 6,85 Euro, da der DGB per Tarifvertrag bereits festgelegt hat, daß es Abschläge für Langzeitarbeitslose geben wird, die in eine PSA abkommandiert werden. Erwerbslose haben nämlich nach drei Monaten Arbeitslosigkeit angeblich "Vermittlungshemmnisse" – nach zwei Jahren sind sie gar nicht mehr "verwendungsfähig" (meint der Arbeitsamts-Chef Florian Gerster),

Foto: mic

• Abschaffung des Kündigungsschutzes, speziell für über 50-jährige KollegInnen,

• der Anspruch auf Krankengeld soll künftig durch einen einseitg erhöhten Beitrag von bis zu 15,- Euro monatlich für

die Beschäftigten gesichert werden; das bedeutet eine Entlastung der Kapitalisten um 0,4 Prozent in der gesetzlichen Krankenversicherung. Außerdem kommen höhere Rezeptgebühren, Bußgeld für das Wechseln des Arztes sowie höhere Beteiligung bei Krankenhausaufenthalten und Heilbehandlungen auf die Versicherten zu.

Auswirkungen auf Arbeitslose und LeiharbeiterInnen:

Es wird eine allgemeine Unsicherheit geschaffen: Jeder arbeitslose Mensch kann für eine PSA rekrutiert werden. Wer dies verweigert, kann aus dem Leistungsbezug gestrichen werden. In den Betrieben gelten Leiharbeiter als Beschäftigte zweiter Klasse und man läßt es sie spüren, nicht nur durch geringere Bezahlung (die SPERRE berichtete). Noch mehr als ‚Normalbeschäftigte' müssen sie sich einsatzbereit und willig zeigen, jede Arbeit machen und möglichst nicht krank werden. Das bedeutet wiederum, daß sie von den KollegInnen als Außenseiter, Streber und potentielle Streikbrecher betrachtet werden. Dazu kommen erhöhte Anforderungen an Mobilität und berufliche Flexibilität.

Auswirkungen auf (noch) Normal-Beschäftigte:

Die Belegschaften werden erpreßt, weil die ‚Normalbeschäftigten' leicht gegen befristete Arbeitskräfte ausgetauscht werden können. Das Betriebsklima verschlechtert sich, die Möglichkeiten und der Wille, sich gegen Zumutungen der Unternehmensleitung zu wehren, nehmen noch mehr ab. Auch in relativ kampfstarken Betrieben (zum Beispiel Opel Bochum) wird nun über den Einsatz von Leiharbeit diskutiert, um Personalkosten zu senken und so angeblich die Konkurrenzfähigkeit des Unternehmens zu verbessern. Dies führt zur Vernichtung von Festarbeitsplätzen und zur Verunsicherung der gesamten Belegschaft, ganz im Sinne des Unternehmens: Wer Leiharbeit einsetzt, hat nicht nur einzelne Arbeitsplätze, sondern die gesamten Arbeitsbeziehungen im Visier.

Foto: mic

Der millionenfache Arbeitsplatzabbau dient zur Erpressung der Regierung, damit sie "Reformstaus" beseitigt und "Beschäftigungshemmnisse" abbaut. Gleichzeitig werden immer mehr Menschen erwerbslos und dann auch noch aus dem Arbeitslosenhilfe-Bezug aussortiert. Als Entschuldigung kommt dann von Regierung und DGB die Leierkastenmelodie von der "verän-

Rosta
BUCHLADEN
Aegidistr.12 • 48143 Münster
Fon:0251-44926

Informationsveranstaltung zu den Auswirkungen der ‚Hartz-Gesetze' und der PersonalServiceAgenturen: Samstag, 10. 05. 2003, 20:00 Uhr, im ‚Spookeys' (oberes Stockwerk), Referenten der bundesweiten Anti-Hartz-Kampagne informieren auf Einladung der FAU (Freie ArbeiterInnen-Union) Münster.

1.April 2003: Der Tag der bundesweiten Einrichtung von PSA's (PersonalServiceAgenturen) bot Anlaß zu lautstarkem Protest vor dem Sozialamt Münster

PSA's sollen bald das Herzstück der ‚Vermittlungsförderung' beziehungsweise der zentrale Hebel der Umstrukturierung des Arbeitsmarktes werden: Für Arbeitslose soll nun eine Art ‚Praktikum' (bis zu 6 Monaten in Höhe des Arbeitslosengeldes) durch private Zeit- und Leiharbeitsfirmen im Auftrag des Arbeitsamtes eingeführt werden, so daß Unternehmen die ‚weniger qualifiziert' arbeitenden Beschäftigten ohne arbeitsrechtliche Hemmnisse wieder loswerden können. Übrigens kann von einer flächendeckenden Neueröffnung von PSA's auf keinen Fall die Rede sein.

Die Summe der anstehenden Gesetzesänderungen bietet die Gefahr des Zwangs zur Leiharbeit, Lohndumping und Niedrigstlöhnen. Um hierauf aufmerksam zu machen, fand am 1.April eine Aktion vor dem münsterschen Sozialamt statt, in welchem (angeblich) zukünftig die PSA's angesiedelt werden sollen. Eine Gruppe erwerbsloser und nicht erwerbsloser Bürger , die sich zur Initiative ‚Wehrt euch gegen den Sozialabbau' zusammengefunden haben, versuchten durch Information und durch ironische Aktionen (zum Beispiel die ‚Versteigerung von Arbeitslosen') auf den drohenden Abbau von Arbeitnehmerrechten und die Abkehr von dem Prinzip "gleicher Lohn für gleiche Arbeit" hinzuweisen.

In Zeiten minimalen Wirtschaftswachstums, globaler Wirtschaftskrisen, blühender Schwarzarbeit und ausufernden Überstunden sieht wohl jeder die Notwendigkeit von Reformen ein, um die Sozial-und Arbeitssysteme für alle zukunftsfähig zu machen. Jedoch sollten alle ihren Beitrag dazu leisten und nicht - wie offenbar geplant – allein die, die jetzt schon wenig haben.

Die Arbeitsgruppe trifft sich jeden Mittwoch im MALTA (Münsters Arbeitslosentreff Achtermannstraße 10)

Fax und Fon 0251 - 414 05 53
Interessierte sind aufgerufen, sich mit einzubringen.

ALLES, WAS RECHT IST

Verwaltungsgebühren und Sozialhilfe

(§21 Abs.1a Nr.7 BSHG)

Verwaltungsgebühren für die Einbürgerung sind als eine einmalige Leistung zu übernehmen.

OVG Lüneburg, Urteil vom 26. 06. 2002 - Az 4LB 70/02

info also 2002 S.273f

Personalausweisbilder und Sozialhilfe

(§21 BSHG; §1 Abs.1 RegelsatzVO)

Kosten für Personalausweisbilder sind nicht im Regelsatz enthalten. Sie sind als einmalige Beihilfe zu übernehmen.

VG Stuttgart, Gerichtsbescheid vom 15. 01. 2002 – Az 19 K 2266/01

info also 2002 S.274f

Doppelte Miete bei Umzug/ Kosten der Unterkunft

(§12 BSHG)

Liegt ein sozialhilferechtlich notwendiger Umzug vor, muß die doppelte Miete übernommen werden, wenn diese Kosten nicht vermeidbar waren und der Hilfeempfänger sich bemüht hat, solche Kosten so gering wie möglich zu halten.

Zu den Unterkunftskosten können auch Zinsen und Vollstrekkungskosten gehören, wenn der Sozialhilfeträger die Unterkunftskosten zu Unrecht nicht übernommen hatte.

OVG Lüneburg, Beschluß vom 25.10.2001 – Az 4 MA 2958/01

FEVS Bd.53 2002 S.218ff

Krankenkostzulage

(§23 BSHG)

Ein Mehrbedarf für krankheitsbedingte kostenaufwändigere Ernährung gem. §23 Abs.4 BSHG ist nach neueren Erkenntnissen der Deutschen Diabetes- Gesellschaft und des Deutschen Vereins jedenfalls bei Diabetes mellitus Typ II b (Übergewicht) nicht gegeben.

OVG Münster, Urteil vom 28.09.2001 – Az 16 A 5644/99

FEVS Bd.53 2002 S.310ff

Keine Rückforderung bei nicht mitgeteiltem Steuerklassenwechsel

Ein Steuerklassenwechsel von Ehepartnern hat Auswirkungen auf das Arbeitslosengeld. Das wird oft übersehen, dann kommt es zu Überzahlungen durch das Arbeitsamt, die später zurückgefordert werden. Diese Rückforderung ist oftmals nicht rechtens, denn wenn der arbeitslose Partner einen nachträglichen Wechsel nicht meldet, dann kommt er zwar seiner Mitwirkungspflicht nicht nach. Aber er muß nicht damit rechnen, daß eine Steuerklassenänderung negative Auswirkungen auf die Leistungshöhe hat. Also handelt er nicht grob fahrlässig, wenn er den Wechsel nicht meldet. Ohne grobe Fahrlässigkeit muß er nicht zurückzahlen.

BSG, B 11 AL 87/01 R und B 11 AL 31/02 R vom 29.08.02, nach Sozialinfo 77, März 03

Rechtswidrige Kündigung und Sperrzeit

Geht ein Arbeitnehmer nicht gerichtlich gegen eine offensichtlich rechtswidrige Kündigung vor, so hat er dennoch Anspruch auf Arbeitslosengeld ohne Sperrzeit.

BSG, B 11 AL 89/01 R vom 25.04.02, nach Sozialinfo 77, März 03

Altersvorsorge und Arbeitslosenhilfe

Übersteigt ein Altersvorsorgevermögen die Grenzen der Arbeitslosenhilfeverordnung, so muß es der Zahlung von Arbeitslosenhilfe nicht entgegenstehen. Die Verwertung der Vorsorge ist offensichtlich unwirtschaftlich, wenn die Aufrechterhaltung einer angemessenen Altersversorgung wesentlich erschwert wäre. Unwirtschaftlichkeit begrenzt sich nicht darauf, daß die Auszahlung um einiges geringer wäre als die Einzahlung; sie umfaßt auch den Aufwand des erneuten Aufbaus von Altersvorsorge.

Sozialgericht Berlin, S 58 AL 2208/02 vom 24.01.03 , nach Sozialinfo 77, März 03 (Nicht rechtskräftig!)

3-Prozent-Pauschale bei Partnereinkommen

Der Pauschbetrag für Beiträge zu Versicherungen in Höhe von 3 Prozent vom Einkommen des Partners einer Arbeitslosenhilfebezieherin ist zu gering. Eine solche Pauschale muß zwar nicht jede vorgeschriebene oder angemessene Versicherung abdecken. Sie muß jedoch für die Mehrzahl der Fälle geeignet sein. Zudem verstößt es gegen den Gleichheitsgrundsatz, wenn für sozialversicherungspflichtige Personen die 3-Prozent-Pauschale gilt, in den anderen Fällen jedoch sämtliche Versicherungsbeiträge vom Einkommen abgesetzt werden können.SG Mannheim, S11 AL 1260/01 vom 25. 04. 02, nach Sozialinfo 77, März 03

Ähnlich SG Berlin, S 58 AL 2103/02 vom 30. 08. 02

ANWALTTIP

von Rechtsanwalt Wilhelm Achelpöhler

Essen für´s ich? Oder für die Zukunft? (Agenda 2010)

Christa S. hat 30 Jahre lang in der Buchhaltung eines Industriebetriebes gearbeitet. Sie ist verheiratet und versteht sich mehr schlecht als recht mit dem im selben Betrieb tätigen Ehemann. Eines Tages erhält sie ihre Entlassung. Sie könne zwar, deutet die Geschäftsführung an, auf eine recht lange Betriebszugehörigkeit verweisen, die spiele jedoch nicht mehr die gleiche Rolle wie früher, seit die Ankündigung des Bundeskanzlers (Agenda 2010) Gesetz geworden ist. Bei der Sozialauswahl seien nämlich zunächst "die Leistungsträger" des Betriebes auszunehmen, daher sei sie leider trotz ihrer langen Dauer der Betriebszugehörigkeit nicht mehr besonders schutzbedürftig. Sie erhält jetzt nur ein Jahr Arbeitslosengeld. Das ist ihre Versicherungsleistung, nachdem sie dreißig Jahre Beiträge an die Bundesanstalt für Arbeit gezahlt hat!

Am Ende dieser 12 Monate stellt sich dann für sie die Frage, ob sie nun das Arbeitslosengeld II erhält. Hier lautet die schlichte Antwort: Ihr Ehemann verdiene soviel, daß sie deutlich über dem Sozialhilfesatz lebten. Außerdem habe sie nicht unerhebliche Beträge in eine Lebensversicherung eingezahlt. Von dieser Lebensversicherung, in die sie immerhin 25.000,- Euro eingezahlt hat, könne sie sich nun zunächst einmal trennen. Außerdem verfüge sie noch über ein Sparguthaben, das zunächst aufgelöst werden könne. Zu ihrem größten Bedauern kann ihr das Arbeitsamt natürlich auch kein Arbeitsangebot machen. In dem Alter und dem Beruf, da könne man eigentlich gar nichts machen. Die einzige Alterssicherung von Christa ist jetzt ihre halbwegs funktionierende Ehe.

Die von der Bundesregierung geplante Abschaffung der Arbeitslosenhilfe wird vermutlich zu einer deutlich verschärften Anrechnung von Vermögen führen. Der Umsetzungsfahrplan ‚Agenda 2010' sieht vor, daß sich die Leistungen im Anschluß an das Arbeitslosengeld nur noch an der Sozialhilfe orientieren. Eigenes Vermögen sowie das Vermögen des Ehepartners seien zu berücksichtigen. Ein bizarres Beispiel für den neuen Zynismus liefert dieses Papier dann, indem es den Empfängern von Sozialhilfeleistungen dennoch verspricht: "Der Aufbau einer angemessenen Alterssicherung wird ermöglicht." Wie man beim Bezug von Leistungen auf Sozialhilfeniveau eine Alterssicherung aufbauen kann, wird das Geheimnis des SPD-Superministers und seines grünen Staatssekretärs bleiben.

Bereits zum 1. Januar 2003 war der Freibetrag für Vermögen von 520,- Euro auf 200,- Euro je Lebensjahr abgesenkt worden. Für Christa hatte sich da ein Freibetrag von 9.800,- Euro ergeben. Dieser deutlichen Reduzierung des Vermögensfreibetrages stand eine bemerkenswerte Einschränkung der gesetzlichen Altersvorsorge für Arbeitslosenhilfeempfänger gegenüber: Während bis zum Jahre 1999 Vermögen nicht angetastet werden sollte, wenn es dazu diente, die Differenz zwischen dem früheren Nettoeinkommen und den Rentenbezügen auszugleichen, wurde dieser Freibetrag für die Alterssicherung 1999 und dann noch einmal Anfang 2003 deutlich reduziert. Zudem wurden auch die gesetzlichen Rentenversicherungsleistungen für Arbeitslosenhilfeempfänger zurückgefahren Bis zum Jahre 1999 wurden Rentenversicherungsbeträge nach einem Einkommen - entsprechend 80 Prozent des früheren Arbeitsentgelts - entrichtet. Das führte dazu, daß Arbeitslosenhilfeempfänger trotz der Arbeitslosigkeit weiter Rentenanwartschaften aufbauen konnten. 1999 wurde diese Regelung abgeschafft. Stattdessen wurden Rentenversicherungsbeiträge nur noch nach dem Zahlbetrag der Arbeitslosenhilfe entrichtet. Diese Umstellung brachte dem Staat jährliche Einsparungen von 2,3 Milliarden Euro - und den Rentenkassen ein entsprechendes Minus. Ähnliche Einnahmeverluste hat übrigens seit Januar 2003 die gesetzliche Krankenversicherung zu verkraften. Diese Verluste der Sozialversicherungsträger müssen natürlich durch entsprechende Beitragserhöhungen aufgefangen werden. Es ist also nicht zuletzt der Staat selbst, der durch seine Politik die Misere der Sozialversicherungsträger verursacht.

Hätte Christa S. ihr Geld also lieber verschenken sollen? Eine schlechte Alternative, denn wenn der Schenker bedürftig wird, kann er von dem Beschenkten das Geschenkte zurückverlangen. Auch das wäre ein Vermögenswert, der angerechnet wird. Eine selbstgenutzte Eigentumswohnung kaufen?. Dazu war das Vermögen dann doch zu klein.

Es mag zynisch klingen, aber vermutlich wäre es für Christa das Beste gewesen, wenn sie ihre Alterssicherung in nette, aber teure Restaurantbesuche mit ihrem Ehemann investiert hätte. Sie hätte etwas von dem Geld gehabt und vielleicht hätte sich auch das Verhältnis zu ihrem Ehemann gebessert. Ach ja: Man kann sich natürlich auch gegen die Regierungspläne engagieren.

Bei Arbeitslosengeld und -hilfe knallhart(z) - beim Ehegattensplitting feige

Hart(z) gegen die Frauen!

von Anne Neugebauer

Die von Bundeskanzler Schröder in seiner März-Rede "Mut zum Frieden und Mut zur Veränderung" vorgeschlagenen Reformen zum Umbau des Sozialstaates zerstren den sozialen Frie-den und die Grundlagen des Sozialstaates. "Thema verfehlt, sechs, setzen, nacharbeiten", möchten Frauen da verordnen. Denn vor allem sie wird dieser Sozialabbau in unglaublichem Umfang treffen. Die Zahlen der Statistik sagen, für sich genommen, nichts über die betroffenen Menschen aus. Wo und wie leben sie? Was arbeiten sie, sofern sie dazu in der Lage sind? Sicherlich sind viele von ihnen durchaus fähig, ihr Leben eigenständig ohne fremde Hilfe zu meistern. Was machen jedoch die an den Rollstuhl gefesselten Menschen? Oder ein geistig-psychisch Erkrankter, der ohne soziales Umfeld, ohne betreuende Begleitperson wohl kaum zurechtkommen dürfte? Vor allem: Bekommt ein behinderter Mensch überhaupt Arbeit? Wenn ja, welche?

Vor allem die Beschäftigungssituation von Frauen auf dem Arbeitsmarkt und die notwendigen Investitionen in die Förderung einer verbesserten Vereinbarung von Familie und Beruf seien in der Agenda 2010 nicht erwähnt worden, stellt Ursula Engelen-Kefer, stellvertretende Vorsitzende des DGB fest und beklagt die soziale Unausgewogenheit der Reformen. "Skandalös ist, daß die Arbeitslosenhilfe gekürzt werden soll", ergänzt Dr. Inge von Bönninghausen, Vorsitzende des Deutschen Frauenrates, "gerade weil Frauen aufgrund der Steuerklasse V, die eine Folge des Ehegattensplitting ist, erheblich weniger bekommen als Männer". Hier noch weiter zu kürzen, heißt, daß Frauen immer abhängiger werden und das Armutsrisiko der Familie weiter wächst. "Das Ehegattensplitting wird die Gesellschaft also weiterhin 23 Milliarden Euro kosten, während man sich bei den Langzeitarbeitslosen 1,4 Milliarden holen will", so die Vorsitzende der Frauenlobby in Berlin. Viele Frauen, auch aus Münster, wenden sich empört an die rot-grüne Bundesregierung oder gleich ganz von denen ab, denen nicht zuletzt sie zur Mehrheit im Bundestag verholfen haben.

Der ‚Deutsche Frauenrat', der ‚Deutsche Juristinnenbund e.V.' und die ‚BAG Berufliche Perspektiven für Frauen e.V.' haben sich in einem offenen Brief an die Regierung gewandt und deutlich darauf hingewiesen, daß direkte und indirekte Diskriminierungen durch die Hartz-Vorschläge nicht ab-, sondern ausgebaut werden. Die Frauenorganisationen fordern in ihrem Appell Nachbesserungen, die dem Grundsatz der Gleichberechtigung (Art. 3 GG) und dem europa-rechtlich bindenden ‚Gender-Mainstreaming-Prinzip' (Amsterdamer Vertrag) gerecht werden. Es reicht nicht aus, wenn im Vorspann des Hartz-Berichts festgehalten wird, daß alle weiteren Schritte zur Konkretisierung dahingehend überprüft werden müssen, "inwieweit sie dem Postulat der Gleichstellung Rechnung tragen beziehungsweise direkt oder indirekt Benachteiligungen fortschreiben oder neue entstehen lassen."

• Diskriminiert werden Frauen durch die verschärfte Bedürftigkeitsprüfung und die erhöhte Anrechnung des Partnereinkommens bei der Arbeitslosenhilfe. Durch niedrigere Löhne und die ungünstigere Berechnung durch Steuerklasse V (Ehegattensplitting) erhalten sie bereits heute durchschnittlich wesentlich geringere Lohnersatzleistungen. 85 Prozent der Frauen, die Arbeitslosenhilfe beziehen, erhalten weniger als 600,- Euro im Monat, jede fünfte Frau gar weniger als 300,- Euro monatlich. Da wirkt sich jede Kürzung verheerend aus. Und die erweiterte Einkommensanrechnung des Ehemanns oder Partners trifft in erster Linie Frauen. Schon jetzt erhalten 40 Prozent der arbeitslos gemeldeten Frauen gar keine Lohnersatzleistungen. Nicht Sperrzeiten oder fehlende Verfügbarkeit, sondern die Anrechnung des Partnereinkommens ist der Grund. Wird diese Anrechnung erweitert, so verlieren noch mehr Frauen ihre eigenen Ansprüche. Sie werden auf das Modell der ‚Versorgungsehe' verwiesen, die Verarmung der Familien wird wachsen, und es ist fraglich, ob diese Frauen überhaupt Anspruch auf Sozialhilfe haben werden.

• Diskriminiert werden Frauen durch eine Definition von ‚erwerbsfähig' im Sinne von ‚voll verfügbar für den ersten Arbeitsmarkt', was bereits in der Vergangenheit dazu geführt hat, daß viele Frauen aufgrund der defizitären Infrastruktur bei Kinderbetreuung und Pflege als nicht verfügbar und damit nicht anspruchsberechtigt angesehen wurden.

• Diskriminiert werden Frauen durch den Verlust aller Arbeitsförderungsmaßnahmen, die an den Bezug von Leistungen gebunden sind und sie durch die Anrechnung des Partnereinkommens viel schneller aus dem Leistungsbezug kippen.

• Diskriminiert werden Frauen durch die Ausweitung der 400-Euro-Jobs, weil sie keinen Sozialversicherungsschutz bieten. Die Forderung aller Frauenverbände, Dienstleistungsagenturen für haushaltsnahe Tätigkeiten zu fördern und so reguläre Beschäftigung zu ermöglichen, wird damit untergraben.

• Diskriminiert werden Frauen durch die Ich-AG und Familien-AG. Statt Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt wird der Anreiz zu Scheinselbständigkeit unterstützt. Vor allem bei der Familien-AG werden es ungeachtet der geschlechtsneutralen Formulierung Frauen sein, die die untergeordnete familiengemäße Mithilfe erbringen. Ihr Recht auf eine eigenständige, sozial abgesicherte Tätigkeit wird völlig mißachtet.

Frauenministerin Renate Schmidt erklärte dazu, sie selbst werde sich dafür einsetzen, daß durch die Neufassung der Arbeitslosen- und Sozialhilfe nicht neue mittelbare Diskriminierungen für Frauen entstünden. Vor allem alleinstehende Frauen mit Kindern müßten durch Kinderbetreuung unterstützt werden. Doch das reicht nicht. Die Juso-Vorsitzende Tanja Breuer forderte, das SPD-Wahlversprechen der Umgestaltung des Ehegattensplittings einzulösen. Die so auf 20 Milliarden Euro jährlich eingesparten Gelder könnten in die Ganztagsbetreuung investiert werden. Das wäre "ein echter Beitrag zur Wahlfreiheit für Frauen", so Breuer.

Die Frauenorganisationen fordern die Bundesregierung auf, ihre Politik so zu gestalten, daß Chancengleichheit von Frauen und Männern verwirklicht wird. Das gesamte Vorhaben muß entsprechend dem Gender-Mainstreaming-Gebot in der EU überprüft und jede frauendiskriminierende Maßnahme gestrichen beziehungsweise geschlechtergerecht angepaßt werden. Eine zukunftsbeständige, existenzsichernde, eigenständige Einbeziehung aller Frauen in die Erwerbsarbeit und eine entsprechende Umgestaltung der Wirtschaft statt Sozialabbau muß auf die Agenda. "Das angestrebte Schnellverfahren entbehrt jeglicher demokratischer Grundlage und ist nicht akzeptabel", heißt es abschließend in dem offenen Brief.

Gender Mainstreaming bedeutet, bei allen gesellschaftlichen Vorhaben die unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen von Frauen und Männern von vornherein und regelmäßig zu berücksichtigen, da es keine geschlechtsneutrale Wirklichkeit gibt. Gender bezeichnet die gesellschaftlich, sozial und kulturell geprägten Geschlechtsrollen von Frauen und Männern. Diese sind - anders als das biologische Geschlecht - erlernt und damit auch veränderbar.

Mainstreaming (Hauptstrom) bedeutet, daß eine bestimmte inhaltliche Vorgabe, die bisher nicht das Handeln bestimmt hat, nun zum zentralen Bestandteil bei allen Entscheidungen und Prozessen gemacht wird.

Erklärung des Verwaltungsausschusses des Arbeitsamtes Münster zur veränderten Geschäftspolitik der Bundesanstalt für Arbeit

In seiner Sitzung am 17. März hat der Verwaltungsausschuß des Arbeitsamtes Münster unter der Leitung von Guntram Schneider, Gewerkschaftssekretär der Industriegewerkschaft Metall, nach eingehender Diskussion die folgende Resolution beschlossen:

Der Verwaltungsausschuß des Arbeitsamtes Münster hat die veränderten geschäftspolitischen Ziele der Bundesanstalt für Arbeit mit großem Bedauern und Ablehnung zur Kenntnis genommen.

Der Verwaltungsausschuß lehnt insbesondere die Neuorientierung im Bereich ‚Qualifikation' entschieden ab. Durch die Konzentration der vorhandenen Mittel auf die Arbeitslosen mit relativ großen Vermittlungschancen wird eine ausschließlich fiskalisch begründete Geschäftspolitik eingeleitet, die arbeitsmarktpolitisch verheerend wirken kann. Arbeitslose mit geringen Vermittlungschancen werden durch diese Geschäftspolitik zunehmend ausgegrenzt, obwohl gerade diese als Langzeitarbeitslose oder ältere Arbeitslose besonderer und zusätzlicher Fördermaßnahmen bedürfen. Darüber hinaus wird durch die Konzentration der Förderung auf Leistungsberechtigte nach dem SGB III die große Gruppe der arbeitslosen Sozialhilfeempfänger von Maßnahmen der Arbeitsverwaltung ausgeschlossen. Im Hinblick darauf, daß die Arbeitsverwaltung künftig für diese Gruppe der Arbeitslosen eine größere Verantwortung übernehmen soll, ist eine derartige Geschäftspolitik völlig unverständlich. Die Veränderungen sind deshalb arbeitspolitisch verfehlt und orientieren sich ausschließlich an den von der Bundesregierung vorgegebenen Sparzielen. Es ist volkswirtschaftlich und gesellschaftspolitisch unsinnig, angesichts der steigenden Massenarbeitslosigkeit die Bundesanstalt zu verpflichten, zukünftig ohne Bundeszuschüsse auszukommen. Die Bundesanstalt für Arbeit kann so ihrer gesellschaftspolitischen Verantwortung in den Bereichen Qualifizierung und Arbeitsbeschaffung nicht nachkommen.

Der Verwaltungsausschuß des Arbeitsamtes Münster unterstreicht nochmals, daß eine Reform der Bundesanstalt, orientiert an den Vorschlägen der Hartz-Kommission, die Dezentralisierung der Arbeitsverwaltung voraussetzt. Insbesondere die örtlichen Arbeitsämter benötigen mehr arbeitsmarktpolitischen Spielraum und eine größere Eigenständigkeit auch in der Haushaltsgestaltung. Die derzeitige Entwicklung zeigt in eine entgegengesetzte Richtung. Der Verwaltungsausschuß befürchtet eine zunehmende Zentralisierung der Arbeitsverwaltung und damit eine weitere Bürokratisierung. Um die operativen Aufgaben in der Arbeitsverwaltung zu stärken und die Arbeitsvermittlung als Kernaufgabe der Arbeitsverwaltung zu profilieren, ist die Stärkung der Selbstverwaltung besonders bei den örtlichen Arbeitsämtern erforderlich. Eine Reduzierung der Selbstverwaltungstätigkeit auf die unverbindliche Tätigkeit von Beiräten liegt deshalb nicht im Interesse einer Arbeitsverwaltung, die kundenorientiert und flexibel tätig ist.

Paul Demel
Rechtsanwalt

Bahnhofstraße 5
48143 Münster

Fon: 0251-4140505
Fax: 0251-4140506

Die Straßen deutscher Großstädte dienen nicht nur dem Verkehr, sie sind auch ein Auffangbecken für ‚gescheiterte' Existenzen. Doch die Straße als öffentlicher Raum ist im Schwinden begriffen, zumindest sollen Menschen mit ‚geschäftsschädigenden' Merkmalen, wie sie Obdachlosen angedichtet werden, von ihr und somit aus dem allgemeinen Blickfeld verbannt werden. Doppelt bestraft sind die, die keine Rückzugsmöglichkeiten in einen privaten Raum haben, weil sie - aus welchen Gründen auch immer - ihre Wohnung verloren haben und nun auch noch von der Straße verdrängt werden sollen. Einzelschicksale pflastern die Straßen der Städte. Erst recht die von Berlin, der Hauptstadt der Armen, Obdach- und Arbeitslosen.

Platte machen in der Hauptstadt
Auf die Straße geworfen

Nach seriösen Schätzungen sind es gut und gerne 4.000 Menschen, die in Berlin auf der Straße leben, etwa 10 Prozent davon sind Frauen. Gleichzeitig ist die Straße Arbeitsplatz einer ganzen Kolonie von Sozialarbeitern und Streetworkern, die neuerdings auch von öffentlichen oder privaten Sicherheitsdiensten ‚verstärkt' wird. Gerade bei Letzteren könnte man durchaus zu dem Schluß kommen, daß Obdachlosigkeit in gewisser Hinsicht sogar Arbeitsplätze schafft.

Der Kampf um den öffentlichen Raum ist auch in Berlin längst entbrannt. Waren U-Bahnhöfe, Bahnhöfe, Parks und Einkaufspassagen früher akzeptierte Aufenthaltsorte für Obdachlose, sorgen dort heute immer mehr uniformierte Patrouillen für ‚Ordnung und Sauberkeit' - öffentliche Plätze werden von ‚menschlichem' und anderem ‚Unrat' gesäubert, Sondermüll wird aus dem öffentlichen Blickpunkt ausradiert. Die Haupstadtsanierungsmaßnahmen sind halt in vollem Gange. In Glanz-Zeit-Visionen der Hauptstadt, die im alten Licht erstrahlt, passen Obdachlose wohl kaum hinein. Deswegen gibt es beispielsweise das Sondereinsatzkommando ASOC, das das ‚Allgemeine Gesetz zur Sicherheit an Öffentlichen Plätzen' in Berlin an Ort und Stelle durchsetzen soll.

1998 fand das erste Sleep-In am Bahnhof Zoo statt, ins Leben gerufen von den Berliner Obdachlosenzeitungen ‚Der Straßenfeger' und ‚Mob', um öffentliches Territorium zurückzugewinnen. Viel hat es nicht geholfen. Auch die vorhergegangene Aktion ‚Crashkursus Obdachlos in Berlin', hatte zwar für viel Pressewirbel gesorgt und vor allem Politiker angelockt, die sich eine gute Publicity erhofften. Die Möglichkeit, 24 Stunden auf den Straßen Berlins zwischen Suppenküchen und ‚Läusepensionen' Platte zu machen, haben indes nur wenige genutzt. Damit hat sich die Hoffnung der Initiatoren, gegenüber Obdachlosen bestehende Vorurteile abzubauen, nicht im geringsten erfüllt. Nach wie vor herrscht überwiegend die Meinung, Obdachlosigkeit sei selbstverschuldet und der Wille, die Situation zu verändern, fehle bei den meisten Obdachlosen. Die Umverlagerung des ‚Problems' findet nach wie vor statt; die Krise des Sozialstaates dauert nunmehr seit 1961 an (das Bundessozialhilfegesetz, BSHG,

Foto: SPERRE

wurde zu dieser Zeit mit einer geplanten Laufzeit von 10 Jahren ins Leben gerufen) und wendet sich tagtäglich zum Schlechteren.

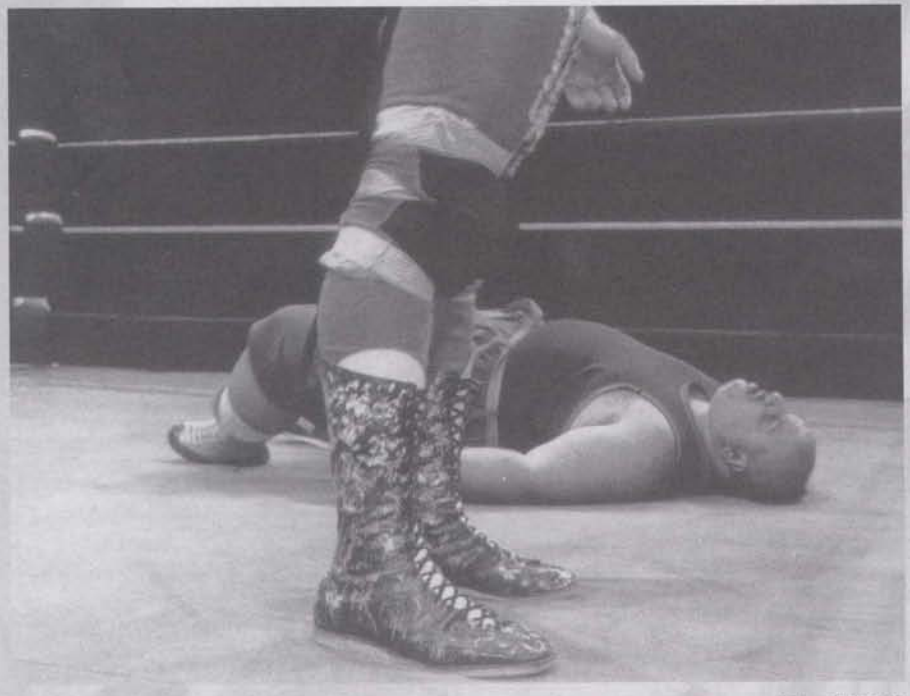
Die Straße hat ihr eigenes System - ein Netzwerk, das in sich eine Art Subkultur birgt. Die Menschen, diese ‚Stadtnomaden' oder eben ‚Berber', die die Straße ihr Zuhause nennen, leben logischerweise nach dem Gesetz der Straße. Doch ganz gleich, welchem ‚System' jemand zugehört: Es liegt in der Natur des Menschen, sich durch Ordnung und Struktur zu definieren. Je weiter man von der sogenannten Normalität abrückt, desto wichtiger scheint ein geregelter Tagesablauf zu sein; für viele eine Lebens-Notwendigkeit. Diese Ordnung gibt einem einen Anflug von Alltag und somit eine gewisse Existenzberechtigung. Der Wecker wird pedantisch gestellt, sein Läuten signalisiert: Es ist Zeit, Bier zu holen. Wärmestuben oder Parks sind sorgfältig nach Lage, Uhrzeit und Sympathien in das Tagtägliche einprogrammiert. Die Rituale der Kameradschaft werden wohl nirgends so inbrünstig verfolgt wie auf der Straße: die nächste Runde, Schaum auf der Oberlippe, trockene Kehlen prosten sich zu. Schulter an Schulter wird das Bier eingesaugt und abgeschluckt, wird der Schnaps eingekippt und abgefüllt, verbrüdert man sich gegen den Rest der Welt. Ein Szenario, das auch aus jeder beliebigen deutschen Kneipe stammen könnte. Nur verschwindet der Kneipen-Tourist nach getaner Arbeit, nach überzeugender Trinkfestigkeitsdarbietung nach Hause. Auf der Straße hat das Verbrüdern, die Solidarität untereinander, das Zusammengehörigkeitsgefühl einen durchaus existenzielleren Wert: HEIMAT SEIN.

Ein Kumpel zeichnet sich dadurch aus, daß er seine Sozialhilfe brüderlich gemeinsam mit den Kameraden aufbraucht. Allerdings ist nicht jeder Wohnungslose automatisch Sozialhilfeempfänger. Und auch nicht jeder Wohnungslose ist obdachlos. Bei der Wahl zwischen den Möglichkeiten, sich unterbringen zu lassen und so monatliche Unterstützung zu erhalten oder sich jeweils den Tagessatz beim Sozialamt abzuholen, verzichtet ein Berber von Ehre wohl auf beides. Auf die ‚Läusepension' sowieso. Jedem der etwa 4.000 registrierten Obdachlosen in Berlin stehen zwar im Sommer wie im Winter Notunterkünfte zur Ver-

fügung. Oft werden diese aber nur bei bitterer Kälte und bei Erfrierungsgefahr tatsächlich genutzt. Die Dunkelziffer der auf der Straße lebenden Menschen variiert zwischen 8.000 und 10.000.

Gegen diesen Kreislauf kommt auch der ‚Internationale Bund (IB)' - einer der großen freien Träger der Jugend-, Sozial- und Bildungsarbeit in Deutschland, der allein in Berlin über mehrere Einrichtungen in der Wohn- und Eingliederungshilfe verfügt – nur schwer an. Eine dieser Einrichtungen, die sich in ihrer täglichen Arbeit mit den Anliegen von wohnungslosen Menschen beschäftigt, ist das Aufnahmewohnheim in der Weddinger Grenzstraße. Wer hier ankommt, ist im doppelten Sinne ein Aussteiger. Sich von den Gesetzen der Straße zu befreien, ist nicht so leicht wie man denkt. Es ist ein Prozeß, in dem das Aufnahmewohnheim nur Hilfestellung zur Abwendung der akuten Notsituation leisten kann. Das tut es, indem es für volljährige Männer, die nicht mehr auf der Straße oder in einer Pension leben wollen, die Möglichkeit bietet, erstmal zur Ruhe zu kommen. In insgesamt 87 Einzelzimmern und in 31 möbilierten Appartements sind die Männer menschenwürdig untergebracht.

In die Kategorie ‚Resozialisierungsmaßnahmen' fallen die angegliederte Holz- und Fahrradwerkstatt sowie das selbstorganisierte Essensprojekt. Drei SozialarbeiterInnen und ein Sozialbetreuer unterstützen durch individuelle und auf freiwilliger Basis stattfindende Beratung. Angeboten werden unter anderem Hilfen bei der Wohnungssuche und beim Umzug, Schuldenregulierung, Untestützung bei Behördenkontakten, bei Besuchen in Krankenhäusern und Haftanstalten, und bei der Vermittlung in Entgiftungszentren oder Therapieeinrichtungen. Letzteres ist besonders wichtig: Denn Alkohol ist ein ständiger Begleiter auf ‚Trebe'. Das sozialpädagogische Angebot bietet darüber hinaus individuell abgestimmte Möglichkeiten zur Wiedereingliederung der Wohnungslosen in die Gesellschaft. Aber diese und ähnliche Einrichtungen sind doch nur ein Tropfen auf dem heißen Stein.



Platte machen *Foto: SPERRE*

Da immer mehr Menschen von Wohnungslosigkeit bedroht sind - eine halbe Million Deutsche gehören zu den akut Gefährdeten, darunter leider auch immer mehr junge Menschen - ist nicht zuletzt auch präventive Hilfe in Zeiten dieser neuer Armut gefordert. So schlägt die Architektin Elisabeth Blum Alternativen vor wie das "Beschlagnahmen von Gebäuden, den Umbau leerstehender Fabrikhallen oder die Errichtung preiswerter Hotels, die ohne Auflagen für alle Wohnungslosen zugänglich sind". Was Obdachlosigkeit in europäischen Industrieländern betrifft, braucht es mittlerweile provokante und radikale Lösungen, ... und unorthodoxe Ansätze!!! Jetzt. cc

Westfälischer Kunst verein

STREIK

25. April - 6. Juni 2003

Ein Projekt über die Unterbrechung der Arbeit

Es streiken für Sie:

Arbeit über Arbeit, Bugpapier, datenstrudel, DGB, Mark Formanek, Mathias Poledna, give & take, Gerard dalla Santa, Matthias Schamp, Schwarze Witwe, Bruno Serralongue, Reinigungsgesellschaft, Silke Wagner und viele andere

www.westfaelischer-kunstverein.de

KAI Kinderhauser Arbeitslosen Initiative e.V.

Beratung und Begleitung von Arbeitslosen und Ihren Angehörigen

Ansprechpartnerin: Angelika Vrbanec

dienstags: 8:30 bis 12:30 Uhr
mittwochs: 14:30 bis 17:00 Uhr
donnerstags: 9:30 bis 11:30 Uhr
und nach Vereinbarung

Fon: 263607
Fax: 26529607
Josef-Beckmann-Str. 5
48159 Münster

KAI e.V. ist eine gemeinnützige Initiative im Stadtteil Kinderhaus, die umfassende soziale Begleitung und Beratung anbietet und dabei eng mit anderen Einrichtungen zusammenarbeitet.

Sozialberatungen im *cuba*

Achtermannstrasse 10-12
48153 Münster

Arbeitslosenberatung, Fon: 51 19 29
Offene Beratung ohne Voranmeldung
Montag und Donnerstag: 15:00 bis 17:00 Uhr
Dienstag und Donnerstag: 09:00 bis 12:00 Uhr
und nach Vereinbarung.

sic -Sozialhilfeberatung im *cuba*, Fon: 58 856
Dienstag bis Freitag: 09:00 bis 12:00 Uhr
Donnerstag: 15:00 bis 17:00 Uhr
und nach Vereinbarung.

Beratung für Schwangere und Alleinerziehende, Fon: 58 856
Donnerstag: 09:00 bis 12:00 Uhr
und nach Vereinbarung.

Sozialhilfetelefon, Fon: 43544
Montag: 15:00 bis 17:00 Uhr

Projektberatung
Beratung zu ABM und anderen Beschäftigungsmaßnahmen, Fon: 51 19 29
Nach Vereinbarung.

Obdachlosigkeit in Münster: Leben am Rande der Gesellschaft

Es gibt in Münster Mitbürger, die es offiziell gar nicht gibt. Am Rande der Gesellschaft fristen sie in und um Münster herum in Behausungen ihr Dasein, die zumeist gut verborgen sind. Den wohlsituierten Bürger mögen diese, wenn er sie denn finden könnte, eher an die ‚Dritte Welt' als an mitteleuropäischen Wohnkomfort erinnern. Dennoch ist dieser Lebensstil in sehr vielen Fällen selbst gewählt und freiwillig. Die SPERRE war zu Gast bei Jochen (Name von der Redaktion geändert), 39, der in seiner selbst gebauten Hütte in einem kleinen Waldstück am Stadtrand von Münster lebt.

Jochen dahein.

SPERRE: Woher kommst du?

Jochen: Ich bin gebürtig aus Dortmund, gelernter Landwirt und vor zwölf Jahren nach Münster gekommen. Damals habe ich einmal, zum ersten und letzten Mal, zur Überbrückung für vier Tage Sozialhilfe bekommen: 11 Mark pro Tag, täglich abzuholen. Seitdem habe ich nie wieder öffentliche Gelder bezogen und bin auch nicht gemeldet in Münster. Von einem älteren Polizisten, der hier bis vor einigen Jahren seine Kontrollrunden drehte, bekam ich seinerzeit zu hören, daß es mich für ihn und seine Behörde eigentlich gar nicht gibt. Trotzdem werde ich hier geduldet. Auch der Besitzer des Waldgrundstückes und der zuständige Oberförster haben an meiner Anwesenheit nichts auszusetzen.

SPERRE: Seit wann bist du schon obdachlos?

Jochen: Seit 1985.

SPERRE: Hast du schon mal gearbeitet?

Jochen: Ja, sieben Jahre lang bis 1985.

SPERRE: Warum verzichtest du auf deinen gesetzlichen Anspruch auf Sozialhilfe?

Jochen: Ich habe auf den ganzen Behördenstreß wie Anmeldungen beim Einwohnermeldeamt oder beim Arbeitsamt und auf die ganze Antragstellerei überhaupt keinen Bock. Ich lasse mich nicht gerne gängeln und kontrollieren. Lieber ziehe ich mein eigenes Ding durch.

SPERRE: Und wovon lebst du?

Jochen: Wenn ich Geld brauche, mache ich ‚Sitzung' in der City. Das heißt, ich lebe von den Zuwendungen mildtätiger Bürger. Auf diese Weise kann ich legal und völlig unabhängig von irgendwelchen Behörden meinen bescheidenen Lebensunterhalt bestreiten. Drogen nehme ich keine, nur auf mein abendliches Bier, meinen Tabak und etwas Essen möchte ich nicht verzichten. Ich habe schon lange gelernt, mit wenig oder auch mal mit gar nichts auszu-

kommen. Zum Überleben reicht es allemal. Außerdem kann ich hier in meinem Garten selbst

"Tu mal lieber Möhrchen!" Die 'eigene' Scholle .

etwas Gemüse und Kräuter anbauen. Ich versuche, so weit wie möglich unabhängig zu sein.

SPERRE: Gehst du zum Essen nicht zu einer der bekannten Essen-Ausgabestellen in Münster, etwa dem Treffpunkt von Schwester Eveline?

Jochen: Nein, das ist nichts für mich.

SPERRE: Wie hältst du es mit den Kleiderkammern, etwa vom Roten Kreuz, oder mit der Münster-Tafel?

Jochen: Nö, laß mal! Das alles brauche ich nicht! Bei der Münster-Tafel geht´s mir zu kommandotonmäßig ab.

SPERRE: Wäre denn das Haus der Wohnungslosen, ein anderes Wohnheim für Obdachlose wie Kettelerheim und Christophorusheim oder etwa betreutes Wohnen keine Alternative für dich?

Jochen: Gott bewahre! Aufsicht und Kontrolle durch Beamte, Hausmeister und Pförtner oder Kasernierung vieler zum Teil sehr gegensätzlicher Charaktere auf engem Raum muß ich wirklich nicht haben! Ich bleibe lieber frei und muß mir so auch nicht anhören, ich würde als Sozialschmarotzer auf Kosten der Allgemeinheit leben. Den Schuh muß ich mir überhaupt nicht anziehen. Vielmehr lebe ich von Leuten, die mir aus eigenem Antrieb helfen wollen.

SPERRE: Daß du über die Runden kommst, ohne dein Recht auf Sozialhilfe in Anspruch zu nehmen, ist auf jeden Fall bemerkenswert. Würdest du dich selbst von deinen Mitbürgern als akzeptiert ansehen?

Jochen: Nein, auf keinen Fall! Ich bin ganz klar Außenseiter und werde nur geduldet. Aber ich habe meine Kumpels, die mich öfter mal hier draußen besuchen kommen. Ansonsten möchte ich nicht, daß andere Personen den Standort meiner Hütte kennen. Die Polizei kennt den übrigens sehr genau. Entgegen der Aussage des alten Polizisten, ich würde für seine Behörde gar nicht existieren, muß mein Name offensichtlich in irgendeiner Datei für potentielle Straftäter ein recht dynamisches Eigenleben bekommen haben. Wann immer in den vergangenen Jahren hier in der näheren Umgebung eine schwere Straftat geschah, ein Raubüberfall oder so, bekam ich umgehend werten Besuch von eben dieser Behörde. Dabei wurde ich auch schon mal frühmorgens mit einer Wumme an der Schläfe geweckt. Sowas verbindet!

SPERRE: Mit wem?

Jochen: Ist doch egal. Hahaha! Nach Feststellung meiner Unschuld ließ man mich, ohne eine Entschuldigung übrigens, schnell wieder in Ruhe, um mir ebenso schnell bei der nächsten Straftat die Aufwartung zu machen. Ich warte bereits auf das nächste Mal ...

SPERRE: Was denkst du über die Bezeichnungen Penner, Berber und Obdachloser?

Jochen: ‚Penner' ist ein allgemeines Schimpfwort, das sich wohl kaum ausschließlich auf Obdachlose bezieht. Was weiß ich, wer alles so über mich denkt. Ist mir egal! Die Bezeichnung ‚Berber' paßt zu mir, wenngleich ich nicht auf der Walz bin. Eigentlich habe ich ja ein Obdach, wenn es auch nur bescheiden ist. Für mich reicht´s jedenfalls! ‚Obdachlos' ist eher klassisches Behördendeutsch.

SPERRE: Wird es im Winter hier nicht ganz schön kalt und feucht?

Jochen: Ich habe meinen kleinen Ofen, ausreichend Brennholz und genügend Decken. Außerdem härtet das Leben draußen ab. Bis jetzt ist es noch immer gutgegangen.

SPERRE: Was ist, wenn du krank wirst?

Jochen: Es gibt einen Sozialarbeiter beim Haus der Wohnungslosen, der ab und zu mal nach dem Rechten sieht. Ich habe keine Krankenversicherung, aber im Notfall würde ich wohl ärztliche Hilfe bekommen. Dafür würde zur Not wohl auch der Sozialarbeiter sorgen. Ansonsten heißt es: Augen zu und durch!

SPERRE: Dann kann ich dir nur allzeit gute Gesundheit, ein starkes Immunsystem und ebenso gute Nerven wünschen. Danke für das Gespräch

Das Gespräch mit Jochen führte unser Redaktionsmitglied Andreas Flümann.

Mein persönlicher Eindruck von Jochen: immer gerade und ein guter Kumpel, mit dem man sich gut unterhalten und zur Not auch Pferde stehlen kann. Wenn Sie, geneigter Leser, künftig einen Menschen in der Fußgängerzone ‚Sitzung machen' sehen, urteilen sie nicht voreilig und - vor allem - nicht zu hart! Jeder hat ein Recht auf Leben und auf ein Mindestmaß an Würde, auch die vermeintlich Schwachen unserer Gesellschaft. Und was gelegentlichen Alkoholkonsum (die einen weniger, die anderen mehr) anbelangt, so stellt sich die Frage, wer denn überhaupt ohne Alkohol auskommen könnte, wenn er ständig draußen leben müßte, vor allem im Winter?Af

Musical meets Artistik meets Nonne. Nicht, daß letztere die Hauptperson war - die war ‚April Narr' und mit ihm ‚Chronos' als durchschwebelnder Zeitgeist - aber Anmut und Zauber verliehen ihr Aura. Und diese Aura vibrierte und summte desgleichen durch die ganze Truppe von "Platz da!" im ehemaligen Kino am Bahnhof. Man sah nicht nur Talente, Fleiß und Können: Man sah reine Freude und hätte am liebsten eine Feuertonne aufgebaut und sich dem ausgelassenen und halsbrecherischen Gauklertum träumend hingegeben - oder gar mitgemacht. "Der Wind weht, wo er will, und du hörst sein Sausen; aber du weißt nicht, woher er kommt, noch wohin er geht. So verhält es sich mit jedem, der aus dem Geist geboren ist." Vielleicht sagten mir - auch ich zeitlos schwebend im Rad der Zeit - dies die Augen der Frau, die Augen der Nonne, die Augen der Zeit ... Nun ja: "Platz da!" kann sich verstanden wissen als vehementer Auftritt des Frühlings.

Die Preise für alle Vorstellungen des Roland-Frosch-Varietés werden für Münsterpaß-Inhaber (erhältlich im Malta) an den Wochenenden um 15% und Mi/Do auf Studententarif ermäßigt. "Platz da!" läuft noch bis zum 18.05.2003. Text und Fotos: sr

Der Westfälische Kunstverein macht Räume frei!

STREIK

von Dr. Carina Plath, Direktorin des Westfälischen Kunstvereins

Der Streik, die Unterbrechung der Produktivität, ist nicht nur ein Kampfmittel, sondern steht auch für eine besondere Zeit des Nachdenkens über die Grundlagen der Arbeit. Er ist ein Zeitraum für Kreativität, die nicht allein auf die Produktion gerichtet ist. Der Westfälische Kunstverein ist mit seiner aktuellen Veranstaltungsreihe diesem Phänomen auf der Spur.

Für eine Unterbrechung der Arbeit plädierte schon am Ende des 19. Jahrhunderts der französische Sozialist Paul Lafargue, als er das ‚Recht auf Faulheit' propagierte, um das in Arbeitssucht verfallene Proletariat und die in der Dekadenz des Konsums dahinsiechende Bourgeoisie zu retten. Haben sich einerseits Künstler wie Richard Serra mit dem Arbeiter identifiziert, sind andererseits Faulheit oder Langeweile, wie man von Künstlern wie Bruce Nauman weiß, wichtige Komponenten künstlerischer Arbeit. Der Künstler kann ebenso als der Prototyp des Arbeitslosen bezeichnet werden, der zwar nie ohne Produktivität existiert, diese jedoch anders begründet und definiert.

STREIK ist als Freiraum gedacht, der in diesem Fall der Ausstellungsraum des Westfälischen Kunstvereins ist. Es wird jetzt keine Kunstproduktion präsentiert, sondern in wechselnden Veranstaltungen über die Neubewertung der Arbeit, einschließlich der Grundlagen

künstlerischer Arbeit nachgedacht. Welche Alternativen stellen sich zum scheinbaren Arbeitsmangel in der globalen Marktwirtschaft? Warum gibt es ‚glückliche Arbeitslose'? Wie sieht es aus mit der Bewertung des symbolischen Kapitals, das die Kunstwelt unerläßlich produziert? Interessiert es jemanden, wenn Künstler und Künstlerinnen streiken?

Der Kunstverein zeigt eine Filmreihe zur Geschichte des Streiks im Film, lädt zu Vorträgen über neue Arbeitsmodelle ein und gibt Informationen über Netzwerke, die in neue Richtungen zu denken versuchen. Künstler und Künstlerinnen, die sich in ihren Ansätzen mit dem Phänomen der Arbeit auseinandergesetzt haben, sind darüber hinaus eingeladen, auf unterschiedliche Weise zum Programm beizutragen. Der Mai, der Monat der klassischen Arbeiterbewegung wird genutzt, um neue Bewegungen in die Diskussion der Arbeit aus der Sicht der Kulturschaffenden zu bringen.

Zwei spannende Termine!
7. Mai, 20:00 Uhr: **datenstrudel** - Video: **Sonnendeck**
Lichtbildvortrag: **Nächtliche Büroschmarotzer**
8. Mai, 20:00 Uhr
Dr. Erich Franz spricht zu Franz Radziwills Bild: **Der Streik** (1931)
21:00 Uhr (Vorplatz des Landesmuseums)
Film: **Aufstand der Fischer** von Erwin Piscator (1934)

Theater Sycorax

"Ich mußte wegfahren um nach Hause zu kommen" Annerose Schäfer, Schauspielerin beim Theater Sycorax.

Das Theater Sycorax gibt es nunmehr seit 1995 unter der Leitung von Paula Artkamp und Manfred Kerklau in Münster, seit 2000 agiert es als Verein zur Förderung der Kulturarbeit für Menschen mit Grenzerfahrung. Es heisst "Sycorax" sei für Menschen mit und ohne Psychiatrieerfahrung, wobei die Betonung immer wieder auf Grenzerfahrung liegt, und diese haben dreiviertel der Ensemblemitglieder auch tatsächlich am eigenen Geist und Leibe erfahren. Es liegt nahe, daß die Stücke, die vom Theater Sycorax aufgeführt werden, zum größten Teil Geschichten aus der Heilanstalt sind. So auch "Im Märzen so wärmig" nach Materialien aus "Alexander März" von Heinar Kipphardt. Denn wer könnte die Wortcollagen eines Alexander März besser intonieren, die andersartige Seelenverfassung besser wiederspiegeln, als jemand, der im Realen an Grenzen gekommen ist, dasselbe oder ähnliches erlebt hat. Wobei die Frage nach wie vor offen bleibt, wer Definitionen und somit sprachliche Barrieren zwischen real(?) existierendem Wahnsinn und Realität aufstellt. Annerose Schäfer, Schauspielerin im Sycorax-Ensemble hat eine klar umrissene Vorstellung von Ver-rücktsein; "Mittlerweile sehe ich das so, daß die, die sich normal nennen, verdächtig sind."

Wenn heute von "Stimmenhörern" die Rede ist, dann schreit und schreibt die Vernunft "Wahnsinn", - die Aufklärung hat die positiven Aspekte der Besessenheit längst verabschiedet. Dabei wurde der 'Wahnsinn' nicht immer negativ besetzt. In vorschriftlichen Zeiten wurde Stimmenhörern eine gottgegebene Gabe zugewiesen. Gott sprach durch sie. Auch Platon sagte schon: " die von einem Gott besessen sind, sagen viele wahre Dinge, aber sie wissen nichts von dem, was sie sagen". In der Roman-

Im Märzen so wärmig *Foto:Sycorax*

tik wurde die kindlich-reine, von der Welt abgerückte Seele propagiert, wurde mit Genie gleichgesetzt. Oft werden von sogenannten 'Kranken', heute wie früher neue sprachliche Ausdrücke geprägt und erhalten alltäglich gebrauchte Wörter einen ganz ungewöhnlichen Sinn; der Zusammenhang der Gedanken zerfällt; bizarre zum Teil unverständliche Gedankengebilde reihen sich aneinander, weben sich ineinander; dann geht alles in die Brüche; aus den Fragmenten entsteht eine fremdartig dabei sehr poetisch anmutende Sprachcollage: -Topografie eines divergenten Geistes.

"Sycorax" als Theater bietet für ihre Mitglieder mehr als integrative Arbeit. Nicht nur, daß die Schauspieler eine über die therapeutische hinausgehende Erfahrung erleben, es beinhaltet darüberhinaus eine kulturelle Tradierung von gemeinsamen Wissen, von kollektiver Erfahrung. Dem 'normalen', in diesem Falle außenstehenden Zuschauer eröffnet sich eine Welt, die tief ins Herz sticht, berührt, anrührt, aufwühlt. Außenstehende haben die Möglichkeit in die schillernden Welten des Anderssein, zum Teil auch erschreckenden, abgründigen Innenwelten des Leidens zu blicken.

"Sycorax " ist keinesfalls ein Medikament für Ver-rückte (der Name entspringt übrigens einem Stück von Shakespeare), sondern eine durchaus wirksame Medizin für uns alle, die uns hilft in eine schöpferische Welt einzutauchen und uns für eine andersartige Welt sensiblisiert. cc

Vom 9.07. - 20.07. findet im Pumpenhaus eine Werkschau des Theater Sycorax statt. In diesem Rahmen werden die letzten vier Produktionen gezeigt.

Die Westfalenfleiß-Werkstätten für Menschen mit Behinderungen in Münster

Lohn nach dem Solidaritätsprinzip

Für jeden Menschen ist es wichtig, einen Platz in der Gesellschaft zu haben! "Arbeiten und Wohnen" - dieser Leitsatz überschreibt die Aufgabe der Westfalenfleiß gGmbH. Ursprünglich als Arbeitsstätte für Schwerbeschädigte des Ersten Weltkriegs gegründet, entwickelte sich der Betrieb in der Folgezeit zur heutigen Einrichtung für geistig, körperlich und seelisch behinderte Menschen.

"Das Ziel des Insolvenzverfahrens ist immer die Sanierung des Betriebes und nicht seine Zerschlagung." *Foto: Weist*

Träger des gemeinnützigen Unternehmens sind seit 1975 die ‚Arbeiterwohlfahrt des Bezirks Westliches Westfalen e.V.' und die ‚Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung, Ortsverein Münster e.V.'. Die Westfalenfleiß gGmbH (gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung) bietet Menschen mit Behinderung einen ihnen entsprechenden Arbeitsplatz in der Gesellschaft und Möglichkeiten individueller Wohnformen. "In den Westfalenfleiß-Werkstätten gelten für Menschen mit Behinderungen andere Richtlinien als in der freien Wirtschaft", kommentiert Margret Topp, zuständig für die Öffentlichkeitsarbeit der Werkstatt. "Hier", so betont sie, "steht nicht die Leistung an erster Stelle. Mit den Mitteln der Arbeit unterstützt und begleitet sozialpädagogisch geschultes Fachpersonal Lern- und Entwicklungsprozesse von Menschen mit Behinderungen." So will man es den Beschäftigten ermöglichen, eigene Fähigkeiten bestmöglich zu entwickeln. "Dies beinhaltet nicht zuletzt die Chance auf einen Arbeitsplatz in der freien Wirtschaft", unterstreicht Topp.

Bei einem Rundgang durch den Hauptbetrieb am Kesslerweg wird schnell deutlich, daß der Arbeitsalltag für Westfalenfleiß-Beschäftigte gar nicht so viel anders aussieht als in einem ‚normalen' Betrieb. Arbeitsbeginn ist um 7.30 Uhr. Es gibt über den Tag verteilt mehrere Pausen, und mit gezielten arbeitsbegleitenden Maßnahmen - wie beispielsweise Sport- oder Malangeboten - werden spezifisch geeignete Fördermaßnahmen empfohlen. Dabei ist allerdings auch eine möglichst breite Palette an Arbeitsangeboten entscheidend, um individuell auf jeden einzelnen Beschäftigten und die Art seiner Behinderung eingehen zu können. So ist das Spektrum der Tätigkeiten in der Regel breit und reicht von Arbeiten für die Montage, die Verpackung oder die Konfektionierung über handwerkliche Tätigkeiten in der Holz- und Metallbearbeitung bis hin zu Arbeiten in der Großküche, der Wäscherei oder der Garten- und Landschaftspflege.

In den verschiedenen Betriebsbereichen der Werkstatt werden die vielfältigen Arbeitsaufträge für Kunden aus der Industrie und anderen Bereichen erfüllt. In über 75 Jahren Erfahrung mit dem Arbeitsleben von Menschen mit Behinderungen hat die Westfalenfleiß gGmbH bewiesen, daß sie ein zuverlässiger Partner ist und die übertragenen Aufgaben pünktlich und gewissenhaft erledigt. Allerdings haben die Werkstätten von Westfalenfleiß in letzter Zeit weniger Aufträge einholen können. So hat beispielsweise die Insolvenz des Unternehmens OSMO eine merkliche Lücke hinterlassen. Jahrelang war die Holzfirma Auftraggeber für die Westfalenfleiß-Schreinerei, die vor allem Mustertafeln für die inzwischen insolvente Firma (die SPERRE berichtete) hergestellt hat.

Wer entlohnt die behinderten Menschen, die hier in den verschiedenen Werkstätten arbeiten? "Alles, was mit den Aufträgen erwirtschaftet wird, kommt den Menschen mit Behinderungen in Form des Entgeltes zugute", unterstreicht Margret Topp. Dabei weist sie darauf hin, daß jeder einen Mindestlohn "nach dem Solidaritätsprinzip" erhält - einerlei wie produktiv er sei. Das gelte auch, wenn er nur einen Cent am Tag erwirtschafte. Dazu bedarf es der individuellen Planung der beruflichen Förderung. Das bedeutet, daß zu Beginn der beruflichen Eingliederung im Eingangsverfahren die Leistungsfähigkeit sowie die Interessen und Ziele des Teilnehmers festgestellt werden. Auf dieser Grundlage basiert der individuelle Förderplan.

Die Vorbereitung des behinderten Menschen auf die Eingliederung in einen Arbeitsbereich der Werkstatt oder in den freien Arbeitsmarkt findet im Berufsbildungsbereich statt. Die Förderprogramme sind darauf ausgerichtet, die individuellen Fähigkeiten zu entwickeln, zu erhöhen oder wiederzugewinnen und die Persönlichkeit des Teilnehmers zu stärken. Die Aufnahme in den Arbeitsbereich erfolgt in der Regel im Anschluß an die Berufsbildungsmaßnahme und richtet sich nach den individuellen Neigungen und Fähigkeiten des Beschäftigten. Die Zuschüsse für den Berufsbildungsbereich übernimmt in den ersten zwei Jahren das Arbeitsamt. Danach sind die überörtlichen Sozialhilfeträger wie der Landschaftsverband Westfalen-Lippe dafür zuständig, einen behindertengerechten Arbeitsplatz in den Werkstätten vorzuhalten.

"Das Ziel des Insolvenzverfahrens ist immer die Sanierung des Betriebes und nicht seine Zerschlagung." *Foto: Weist*

In den Werkstätten arbeiten zur Zeit 710 Menschen mit den unterschiedlichsten Behinderungen. Ihnen stehen in den Wohnstätten und Werkstätten von Westfalenfleiß insgesamt 496 Mitarbeiter zur Seite. Im Arbeitsbereich werden die Beschäftigten von Fachkräften zur Arbeits- und Berufsförderung und von Mitarbeitern des Sozialen Dienstes betreut. Die meisten der hier arbeitenden Menschen mit Behinderungen sind über zwanzig Jahre alt. Dabei hält sich die Anzahl von Frauen und Männern etwa die Waage.

Die Westfalenfleiß-Werkstätten sind nicht mehr ‚Beschützende Werkstätten' im althergebrachten Sinne. Im Gegenteil: Erklärtes Ziel von Westfalenfleiß ist die Vermittlung der Beschäftigten in den ersten Arbeitsmarkt. Ein Beispiel als Beweis dafür, daß Westfalenfleiß sich auch als Mitbewerber auf dem freien Markt etablieren will, ist unter anderem die Eröffnung des Westfalenfleiß-Ladens ‚Mensch und Natur' in der Hiltruper Bodelschwinghstraße, in dem landwirtschaftliche Erzeugnisse, Gartenprodukte sowie solides Holzspielzeug und Geschenkartikel verkauft werden. Damit füllt Westfalenfleiß eine Marktlücke, nachdem ein dort ansässiger Gartenbaubetrieb aufgegeben hatte. Auch die selbst hergestellten Speckbrettschläger aus der Schreinerei werden an ein Kaufhaus geliefert und dort verkauft. Seit einem Jahr arbeiten Beschäftigte der Westfalenfleiß gGmbH in der Spülküche der Kantine der LVM am Koldering. "Und ein Job dort", weiß Margret Topp, "ist begehrt!" hk

Radlos ?

Neue und gebrauchte Fahrräder

Montag bis Freitag von 10:00 Uhr bis 13:00 Uhr und von 14:00 Uhr bis 18:00 Uhr

LILALEEZE
Frauenfahrradladen
Dortmunderstr. 11 • Fon: 665761

STADT MÜNSTER
Presse und Informationsamt

Ganz Münster auf einen Klick
Infos und Service im Stadtnetz publikom

www.muenster.de
Portal für Münster und das Münsterland

www.muenster.de/stadt
Service und Infos der Stadtverwaltung

www.wilsberg.muenster.de
Das "Wilsberg"-Spiel des Presseamtes

www.muenster.de/stadt/tourismus
Münster touristisch - mehr Service, neues Design

www.muenster.de/stadt/awm
Infos zu Abfall und Recycling; mit Entsorgungskalender

www.muenster.de/stadt/wohnungsamt
Der Mietspiegel 2003, mit Online-Berechnung

www.muenster.de/stadt/formulare
Dutzende Vordrucke online - das spart Zeit und Wege

1. Mai 2003

menschlich
modernisieren
gerecht gestalten

E I N L A D U N G

zur

Demonstration

Donnerstag. 1.Mai 2003 10.00Uhr
Münster Gewerkschaftshaus Zumsandestraße

zur
Kundgebung im Rathausinnenhof Münster
Beginn : 11.00 Uhr

Begrüßung:

Bernhard Tenhofen Vorsitzender DGB Region Münsterland

Impulsreferat:

Frau **Edelgard Bulmahn**, Bundesministerin für Bildung u. Forschung

Moderierte Diskussion
mit
Tobias Michel Vertreter von **Attac**

Franz Mevenkamp Personalratsvorsitzender
Arbeitsamt Münster

Jochen Schweitzer deutscher Vertreter bei der **OECD**
zuständig für **PISA** u. ehemaliger **Vors. GEW Münster**

Frau MarieTheres Kastner CDU u. **Mitglied des Landtages NRW**

Dr. Dieter Keiner Soziologe an der UNI Münster

Moderation: Frau Dr.Bettina Lendzian

Musikalische Umrahmung:
Es werden auch ein Imbiss und Getränke gereicht.
Die Veranstaltung endet gegen 15.00 Uhr.

DGB

das machen wir